

## Uebersicht der Ereignisse des Jahres 1860.

---

Das Jahr 1859 schloß, ohne daß die Stipulationen des Waffenstillstandes von Villafranca und des Friedens von Zürich bezüglich Italiens zur Ausführung gekommen wären. Die Idee einer italienischen Conföderation war schon vor dem Kriege von Napoleon der öffentlichen Meinung durch eine Broschüre La Guéronnières unterbreitet und der Uebereinkunft zwischen beiden Kaisern in Villafranca zu Grunde gelegt worden. Sie entsprach offenbar den Interessen Frankreichs und ließ überdies gewissen dynastischen Hintergedanken, die dem Kaiser der Franzosen mit Recht oder mit Unrecht zugeschrieben wurden und noch werden, freien Spielraum. Es ist daher anzunehmen, daß es ihm damals mit der Ausführung seiner Idee Ernst war. Aber es ließ sich von Anfang an nicht verkennen, daß dieselbe große Schwierigkeiten darbot. Durch den Verlust der Lombardei allein war der dominirende Einfluß Oesterreichs in Italien noch keineswegs gebrochen. Sardinien wäre zwar nach Erwerbung der Lombardei der stärkste, wenn auch nicht der größte rein italienische Staat in der neuen Conföderation gewesen, aber durch Venetien, durch die Rückkehr der vertriebenen Fürsten nach Toskana, Modena und Parma, durch den Papst, dessen Interessen als Beherrscher des Kirchenstaats ihn unbedingt in die Hände von Oesterreich gaben, durch Neapel hätte Oesterreich nach wie vor in Italien dominiert, wäre Sardinien nach wie vor isolirt geblieben und überdies von Oesterreich durch das Festungsviereck fortwährend bedroht worden. Das konnte unmöglich die Absicht Frankreichs sein; es konnte in die Beibehaltung des bisherigen Territorialbestandes und der

bisherigen Dynastien Italiens nur unter der Bedingung einwilligen, daß die inneren Zustände aller dieser Staaten durch eine Betheiligung der Völkerschaften am Regiment durchaus andere würden und so Sardinien eine Stellung und einen Einfluß gewährten, der ohne dies ganz und ausschließlich Oesterreich hätte zufallen müssen. Diese seine Absicht sprach es auch beim Abschluß der Stipulationen in Villafranca deutlich aus. In die Rückkehr der vertriebenen Fürsten willigte Frankreich zwar ein, aber ausdrücklich nur unter der Voraussetzung, daß dieselben von ihren eigenen Unterthanen wieder zurückgerufen würden, und unter der Bedingung, daß Oesterreich Venetien aus freien Stücken Institutionen ertheile, die demselben erlaubten, als selbständiges Glied in die italienische Conföderation einzutreten, und daß durch die gemeinsamen Vorstellungen Oesterreichs und Frankreichs der Pabst bewogen würde, im Kirchenstaat Reformen einzuführen, wie sie die Zeit immer gebieterischer zu verlangen schien, und die allein geeignet sein konnten, Bologna zu einer Rückkehr unter seine Herrschaft zu bewegen. Von Neapel war keine Rede, allein es lag auf der Hand, daß, wenn die Staaten Ober- und Mittelitaliens freie Verfassungen erhielten, Neapel sich dem Andrang derselben Ideen auf die Dauer unmöglich würde entziehen können.

Von allen diesen Voraussetzungen war aber auch nicht Eine eingetreten. Toskana, Modena und Parma machten keine Miene, die vertriebenen Fürsten zurückrufen zu wollen, Oesterreich versuchte auch nicht den leisesten Schritt, der darauf hingedeutet hätte, Venetiens innere und äußere Lage verändern zu wollen, der Pabst wollte von durchgreifenden Reformen nichts wissen und verlangte vor allem nur, daß ihm das abtrünnige Bologna wieder unterworfen werde, in Neapel ging das System, das Ferdinand II. mit unerbittlicher Strenge trotz der allgemeinen Mißbilligung Europas durchgeführt hatte, auf seinen Sohn und Nachfolger Franz II. über. Unter diesen Umständen wäre, wenn die Stipulationen von Villafranca und Zürich zur Ausführung kommen sollten, nichts anderes übrig geblieben, als die vertriebenen Fürsten mit Gewalt wieder zurückzuführen, Bologna dem Pabst mit Gewalt wieder zu unterwerfen, und so eine Restauration der österreichischen Herrschaft und der bisherigen österreichischen Politik in Italien einzuleiten, die den Zustand Italiens im Grunde wieder auf denselben Punkt zurückgeführt hätte, auf dem er vor dem Kriege gewesen war, außer daß Sardinien durch die Lombardei verstärkt besser im Stande gewesen wäre, dem österreichischen System zu widerstehen und demselben auf allen Punkten der Halbinsel Schwierigkeiten



zu bereiten. Das konnte weder im Interesse Italiens, noch in demjenigen Frankreichs, noch endlich in demjenigen Europas liegen.

Es war im Grunde kaum denkbar, daß ein Congreß der Großmächte aus diesem Labyrinth einen Ausweg zu entdecken im Stande wäre, der Oesterreich auf der einen, Frankreich und Italien auf der andern Seite befriedigen würde. Da aber Frankreich auf dem Boden der Verträge von Villafranca und Zürich keinen Ausweg fand, so hatte es einen Congreß vorgeschlagen, die Großmächte hatten sämmtlich den Vorschlag angenommen und die öffentliche Meinung klammerte sich an diese letzte Hoffnung einer friedlichen oder doch einer dannzumal von hinreichender Autorität gestützten Lösung der immer verwickelter sich gestaltenden italienischen Frage an. Der Congreß sollte aber nie zu Stande kommen und es ist anzunehmen, daß es Frankreich damit eigentlich nie Ernst war, da Napoleon von der Unmöglichkeit, daß die Frage, ohne seinen Interessen zu nahe zu treten, durch einen Congreß gelöst werden könnte, von vornherein überzeugt sein mußte. Ohne noch seine Idee eines italienischen Föderativstaates ganz fallen zu lassen, beschloß er doch einen Schritt weiter zu gehen und sich zu diesem Ende hin mit England zu verständigen.

Wenige Tage vor dem Ende des Jahres 1859 erschien in Paris die Schrift: „der Pabst und der Congreß“, welche die ganze weltliche Herrschaft des Pabstes in Frage stellte und ihn auf das Stadtgebiet von Rom allein beschränken wollte. Es schien alsbald außer Zweifel, daß dieselbe mit Wissen und im Auftrage des Kaisers erschienen war, daß sie seine eigenen Ideen enthielt und schon am 1. Januar 1860 war es Thatsache; daß der Congreß nicht zu Stande kommen würde: der Pabst erklärte, daß er unter solchen Umständen nicht dazu stimmen könne, sich auf dem Congreß vertreten zu lassen, und Oesterreich machte seine Theilnahme von demjenigen des Pabstes abhängig. Zugleich muthete Napoleon dem Pabst in einem eigenhändigen Schreiben vom 31. Dez. 1859 zu, freiwillig auf die abgefallenen Provinzen zu verzichten.

Die ganze katholische Welt kam in Bewegung. Der Pabst ließ in seinem offiziellen Journal die Broschüre für eine wahre der Revolution dargebrachte Huldigung erklären und sagte dem General Goyon am 1. Januar ins Gesicht, sie sei ein Denkmal ausgezeichneter Heuchelei und ein elendes Gewebe von Widersprüchen. Die Zumuthung des Kaisers, auf die abgefallenen Provinzen zu verzichten, lehnte er in seiner Antwort vom 8. Januar aufs Entschiedenste ab und deutete sehr verständlich darauf hin, daß er vollkommen einsehe, der Kaiser wolle ihm nicht helfen und hindere



durch das von ihm aufgestellte Princip der Nichtintervention auch die Mächte, ihm zu helfen, selbst wenn sie dazu geneigt sein sollten. Den Patriarchen, Primaten, Erzbischöfen und Bischöfen der gesammten katholischen Kirche theilte er durch eine Encyclica vom 19. Jan. mit, daß er auf irgend einen Theil seiner weltlichen Herrschaft weder verzichten werde, noch verzichten könne, und erklärte sich bereit eher die härtesten und bittersten Prüfungen zu erdulden, ja selbst das Leben zu verlieren. Ihn unterstützten die Bischöfe, zuerst und am eifrigsten diejenigen Frankreichs. Kaum war die Broschüre erschienen, so erließ auch schon der streitbare Bischof Dupanloup von Orleans einen offenen Brief dagegen, der in den Zeitungen erschien und besonders abgedruckt in Tausenden von Exemplaren an die Gläubigen vertheilt wurde. Dasselbe geschah mit den Hirtenbriefen einer ganzen Reihe anderer Bischöfe, die sich alle mit mehr oder weniger Heftigkeit gegen die Politik der Broschüre aussprachen. Die sogenannten katholischen Zeitungen, voran das Pariser Univers, unterstützten in der Hauptstadt und in den Departements die Bewegung mit allen Kräften und führten eine Sprache, die man in Frankreich lange nicht mehr gehört hatte. In Deutschland wurden namentlich in Bayern und am Rhein zahlreiche Adressen meist von vielen Tausenden unterzeichnet, die den heiligen Vater ihrer Treue und Ergebenheit versicherten; dasselbe geschah in der katholischen Schweiz. Die preussischen Bischöfe richteten eine Bittschrift an den Prinz-Regenten, um ihn aufzufordern, er möge die Rechte des Papstes schützen helfen. In der ganzen katholischen Christenheit wurde für die Erhaltung des heiligen Stuhles gebetet. Schon im Februar hatten sich fast sämtliche katholische Bischöfe von Oesterreich, Deutschland, Belgien, Holland, der Schweiz, England, Irland und Schottland zu einer Collectiv-erklärung geeinigt, daß der Angriff auf die weltliche Herrschaft des Papstes, die „in Frieden und Gerechtigkeit gegründet worden sei und in Frieden und Gerechtigkeit und mit der sorgsamsten Beachtung aller wahren Bedürfnisse des Volkes“ geübt werde, ein Angriff auf 200 Millionen Katholiken sei, mit deren Interessen die Erhaltung des Kirchenstaats innig verflochten wäre.

Napoleon ließ diese Agitation in Frankreich Anfangs gewähren, dann aber verbot seine Regierung, daß die Mandate der Erzbischöfe und Bischöfe in den Zeitungen abgedruckt würden, und schritt gegen die katholischen Blätter mit Verwarnungen und selbst Suspensionen auf mehrere Monate ein, und da auch dies nicht zu genügen schien, wurde das Univers durch Decret vom 29. Jan. unterdrückt, und durch ein ministerielles Kreis-



schreiben vom 17. Februar sämmtlichen Präfecten aufgetragen, der geheimen Propaganda, welche durch die Gratisaustheilung von hunderttausenden von kleinen Broschüren gemacht werde, um die Politik des Kaisers gegen den heiligen Vater zu verleumden, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegen zu treten und allzu exaltirte Prediger nöthigenfalls dem Richter zu überweisen.

Inzwischen ging Napoleon seinen Weg und verständigte sich mit England und mit Sardinien. Am 5. Jan. wurde Graf Walewsky, der Minister des Auswärtigen, der die Unterhandlungen mit den Cabinetten im Sinne des Friedens von Villafranca und für die Lösung der Schwierigkeiten durch einen Congreß geführt hatte, entlassen. Am demselben Tage richtete der Kaiser ein Schreiben an den Staatsminister, in dem er demselben große Maßregeln im Sinne des Freihandelsprinzips ankündigte und zugleich die Grundlagen eines Programms dazu mittheilte. Seinem Wunsche gemäß ging der englische Gesandte Lord Cowley selbst nach London, um sich mit der englischen Regierung über den Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages und über eine neue Verständigung bezüglich Italiens zu vereinbaren. Am 10. Jan. war Lord Cowley schon wieder in Paris zurück: die Verständigung war eingeleitet, Unterhandlungen angeknüpft. Am 17. Jan. nahm Viktor Emanuel die ihm von Ratazzi angebotene Entlassung an und beauftragte Cavour, der nach dem Frieden von Villafranca zurückgetreten war, wieder mit der Bildung eines Ministeriums. Am 20. Januar verkündete die Regierung von Toskana, am 21. diejenige der Emilia (Parma, Modena und die Legationen) das sardinische Verfassungsstatut und das sardinische Wahlgesetz. Am 22. Jan. übermittelte das englische Cabinet dem französischen einen neuen Vorschlag zu Lösung der italienischen Frage, der von den Stipulationen von Villafranca und Zürich entschieden abging, indem in Toskana, Modena, Parma und den Legationen neue Abstimmungen über die Frage ihrer Einverleibung in Sardinien vorgenommen werden sollten, in dem Sinne, daß, wenn dieselben wiederum zu Gunsten Sardiniens ausfallen sollten, weder Frankreich noch England sich einer Besitznahme dieses Landes durch Sardinien widersetzen würden. Am 24. Jan. wurde der Handelsvertrag zwischen Frankreich und England unterzeichnet und an demselben Tage das Parlament in London eröffnet, wobei die Königin in der Thronrede wiederholt erklärte, daß ihre Regierung nie zugeben werde, daß den italienischen Völkerschaften irgend eine Regierung oder Verfassung aufgezwungen werde.

Der Vorschlag Englands wurde von Frankreich weder angenommen

noch abgelehnt, wohl aber sehr geschickt benützt, um sich von den Stipulationen von Villafranca frei zu machen und die Lösung der italienischen Frage seinerseits in die Hand zu nehmen.

Es theilte dem österreichischen Cabinet unter dem 31. Jan. die englischen Vorschläge mit und meinte, daß dieselben geeignet wären, aus der Sackgasse, in die man in Italien gerathen, herauszukommen, wenn es nur nicht durch die eingegangenen Verpflichtungen gebunden wäre. Die österreichische Regierung beharrte in ihrer Antwort v. 17. Febr. auf ihrer Ueberzeugung, daß die Herstellung der entthronten Dynastien und die Verwirklichung der italienischen Conföderation immer noch das beste Mittel wäre, Italien zu pacificiren, und lehnte die englischen Vorschläge im Princip ab, aber es gab zu, daß unter den obwaltenden Umständen ebenso wenig für Oesterreich wie für Frankreich die Opportunität einer Intervention in Italien sich ergebe. Daraus zog Frankreich sofort die Schlussfolgerung, daß ihm dadurch von Oesterreich die Befugniß gegeben worden sei, eine Lösung der italienischen Frage auch außerhalb der Stipulationen von Villafranca zu erwägen oder zu suchen, daß es also von Oesterreich selbst bis auf einen gewissen Grad der in Villafranca übernommenen Verpflichtungen entbunden worden sei. Dagegen machte es nun keineswegs die englischen Vorschläge zu den seinigen, sondern, ohne sich weiter auf diese einzulassen, ließ der Kaiser dem sardinischen Cabinet eine Art Ultimatum stellen, indem es demselben vorschlug, Parma und Modena durch das allgemeine Stimmrecht sich einzuverleiben, die Regierung der Romagna unter dem Titel eines päpstlichen Vicariates zu übernehmen, Toscana dagegen in seiner territorialen und politischen Selbständigkeit zu belassen. Gebe sich Sardinien damit zufrieden so werde es auch dafür des französischen Schutzes genießen. Wolle es dagegen mehr, namentlich auch Toscana sich einverleiben, so lehne der Kaiser jede Verantwortlichkeit für eine solche Politik ab und möge Sardinien dabei nur auf seine eigenen Kräfte rechnen. Im einen oder andern Falle aber verlangte Frankreich von Sardinien die Abtretung von Savoyen und Nizza als eine geographische Nothwendigkeit, wenn Frankreich das Entstehen eines mächtigen Staates am Fuße der Alpen zugeben solle. Sardinien entschied sich durch seine Antwort vom 29. Febr. für den letztern Theil der ihm gestellten Alternative und gab durch eine weitere Note vom 2. März seine vorläufige Zustimmung zu der Abtretung von Savoyen und Nizza.

Diese Abtretung war schon seit einiger Zeit von Paris aus aufgeworfen und sowohl in jenen Gebieten selbst, als von der französischen und



europäischen Presse mit vielem Eifer debattirt worden. Frankreich hatte nach dem Frieden von Villafranca auf die ihm von Sardinien eventuell schon vor dem Kriege zugestandene Erwerbung für den Augenblick verzichtet, sei es nun, daß es denselben nicht für geeignet hielt, oder sei es weil die dabei angenommenen Voraussetzungen nicht eingetreten waren. So wie es aber dachte von den Stipulationen von Villafranca abzugehen, hatte es den früheren Plan auch wieder aufgenommen. Die Einverleibung von Savoyen in Frankreich schien jedoch nicht blos Sardinien zu schwächen und Frankreich zu stärken, sondern bedrohte namentlich die von ganz Europa anerkannte und garantirte Neutralität der Schweiz, die dadurch eine geeignete Militärgränze verlor, um im Kriege die so wichtige Simplonstrasse zu decken. Die Neutralisirung von Nordsavoyen war gegenüber Sardinien für die Schweiz eine Realität, gegenüber Frankreich eine Illusion. Die Schweiz gab sich darüber auch keinerlei Täuschung hin. Schon seit dem Ausbruch des französisch-italienischen Krieges hatte der schweizerische Bundesrath ein wachsames Auge auf Savoyen gehalten und namentlich das englische Cabinet schon sehr frühe auf die der Schweiz möglicher Weise von daher drohende Gefahr aufmerksam gemacht. Die von ihr gewünschte Sympathie fand sie auch wirklich sowohl bei der englischen Regierung als bei der öffentlichen Meinung in England. Kaum war das englische Parlament eröffnet, so wurde das Ministerium auch schon bestürmt mit Interpellationen über das, was deshalb zwischen Frankreich und Sardinien im Gange sei. Das englische Cabinet war allerdings längst davon unterrichtet, daß die Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich demselben eventuell zugesagt worden war, und die englischen Gesandten in Paris, Turin und Bern hatten die Instruktion erhalten, die diesfälligen Unterhandlungen im Auge zu behalten und dem Plane möglichst entgegen zu arbeiten. Am 8. Juli 1859 berichtete der englische Gesandte in Paris, Lord Cowley, der französische Minister des Auswärtigen, Graf Walewsky, habe ihm die bestimmte Zusicherung gegeben, daß der Kaiser den „Gedanken einer Einverleibung Savoyens in Frankreich gänzlich aufgegeben habe“. England beruhigte sich damals für einmal. Der Plan war aber von Frankreich keineswegs aufgegeben, lediglich verschoben. Im Januar 1860 tauchte er mit verstärkter Kraft zunächst in der französischen Presse und in den französischen Organen in Savoyen und Nizza wieder auf: in Paris verlangten die Blätter laut den Anschluß, damit Frankreich nach dieser Seite seine natürliche Gränze wieder erhalte, in Nizza erklärte das Organ der französischen Interessen den An-



schluß bereits für gewiß und daß es bis zur vollendeten Thatsache nur noch weniger Monate bedürfe, in Savoyen spalteten sich die Wähler bei den Gemeinde- und Provinzialrathwahlen bereits in eine französische und in eine sardinische Partei. Offiziell wurde der Plan sowohl von Frankreich als von Sardinien geläugnet. Am 10. Jan. erklärte der sardinische Gouverneur von Savoyen den Behörden offiziell, es sei in Turin niemals die Rede davon gewesen, Savoyen und Nizza abzutreten, am 3. Febr. schrieb der englische Gesandte in Turin, Graf Cavour habe ihn versichert, Sardinien hege nicht im Entferntesten die Absicht, Savoyen abzutreten, zu vertauschen oder zu verkaufen, und noch am 7. Febr. beruhigte Lord Granville das englische Oberhaus mit der Behauptung, das französische Cabinet erkläre, es sei im Augenblick von der Annexion keine Rede.

Allein schon am 4. Febr. hatte Thouvenel dem englischen Gesandten in einer Note schriftlich mitgetheilt, die französische Regierung hätte auf die Abtretung verzichtet, wenn die Errichtung einer italienischen Conföderation nach den Ideen von Villafranca zu Stande gekommen wäre; aber die Sachlage habe sich vollständig verändert und die englische Regierung habe ja selbst Vorschläge gemacht, welche möglicher Weise zu einer sehr wesentlichen weiteren Vergrößerung Sardiniens führen würden, und in diesem Falle allerdings müßte Frankreich die Abtretung von Savoyen und Nizza verlangen. Dabei gab der Minister dem Gesandten mündlich die Zusicherung, daß der entscheidende Schritt nicht geschehen werde ohne die Einwilligung des Königs von Sardinien, ohne Zustimmung der Bevölkerungen und ohne daß die Großmächte darüber consultirt würden. Die englische Regierung gab sich damit (13. Febr.) wieder zufrieden.

Nicht so leicht zu beschwichtigen war die Schweiz. Am 31. Jan. setzte der schweizerische Gesandte in Paris dem Kaiser in einer Privataudienz selbst auseinander, daß die Schweiz sich in erster Linie für die Aufrechthaltung des status quo bezüglich Savoyens ausspreche, wenn aber von einer Annexion desselben an Frankreich die Rede sein sollte, so müßte sie mit der größten Entschiedenheit darauf dringen, daß ihr auf dem neutralisirten savoyischen Gebiet eine solche Grenze angewiesen werde, welche eine möglichst günstige militärische Vertheidigungslinie bilden würde, wie solche unumgänglich nothwendig sei, wenn nicht die schweizerische Neutralität zur Illusion herabsinken solle. Wirklich sprach es der französische Minister am 4. Febr. in einer Note an England aus, Frankreich würde es für das beste erachten, wenn die bisher neutralisirten Theile Savoyens bleibend mit der Schweiz verbunden würden, und nur zwei Tage später er-

klärte er dem schweizerischen Gesandten, im Falle der Abtretung Savoyens an Frankreich würde sich der Kaiser aus Sympathie für die Schweiz ein Vergnügen daraus machen, ihr als eigenes Gebiet und als einen Theil der Eidgenossenschaft die Provinzen Chablais und Faucigny zu überlassen, eine Erklärung, die am gleichen Tage vom französischen Geschäftsträger in Bern dem schweizerischen Bundespräsidenten und vom französischen Consul in Genf dem Präsidenten des dortigen Staatsrathes wiederholt wurde. Damit hielt sich indeß die Schweiz nicht für gesichert, und da sie weder in Paris noch in Turin schriftliche Zusicherungen statt der bloß mündlichen erlangen konnte, so verlangte sie am 9. März durch gleichlautende Noten von Frankreich und Sardinien, daß eine allfällige Abtretung der neutralisirten Theile Savoyens unter ihrer als eines Hauptpaciszenten Mitwirkung erfolgen müsse und ohne ihre Einwilligung nicht geschehen dürfe. Allein schon am 10. März erließen die sardinischen Gouverneure Proklamationen an die Savoyarden, daß sie demnächst zu einer allgemeinen Abstimmung über ihren Anschluß an Frankreich oder ihr Verbleiben bei Sardinien würden aufgefordert werden, ohne daß der Ansprüche der Schweiz auch nur mit einem Worte gedacht wurde. Am 14. März protestirte die Schweiz in Paris und Turin gegen diese Abstimmungsweise und drohte, sich an die Garanten der europäischen Verträge zu wenden, was sie durch eine Note vom 19. März auch that. Es half ihr wenig; Frankreich wurde dadurch erbittert. Am 21. empfing Napoleon eine savoyische Deputation und ergriff die Gelegenheit, die der Schweiz gemachten Zusicherungen förmlich zurückzunehmen.

Am 24. März wurde der Vertrag über die Abtretung von Savoyen zwischen Frankreich und Sardinien in Turin unterzeichnet.

Die vollendete Thatsache machte auf die Cabinette Europas einen tiefen Eindruck und erregte überall ein erneuertes Mißtrauen gegen Frankreich, ein Mißtrauen, das namentlich in England von den Ministern Russell und Palmerston wiederholt und mit den stärksten Ausdrücken im Parlament ausgesprochen wurde. Allein auch nicht eines der europäischen Cabinette that dagegen irgend einen Schritt oder konnte sich auch nur dazu entschließen förmlich gegen die Einverleibung zu protestiren. Nur in der Schweiz, die sich einige Zeit der Hoffnung hingegeben hatte, bei dieser Gelegenheit Hochsavoyen für sich zu erwerben und eine bessere Militärgränze zu erlangen, und die sich jetzt umgekehrt in ihrem alten Besitz, in Genf und Wallis namentlich, bedroht sah, erfolgte eine heftige Aufregung und trat laut die Absicht zu Tage, die neutralisirten Theile Savoyens sofort zu besetzen, um sie nicht in die Hände Frankreichs fallen zu lassen. Der Bundesrath bot

Truppen auf, berief die Bundesversammlung auf den 29. März nach Bern und beschloß, von derselben unbedingte Vollmachten zu verlangen. Ein kriegerischer Zusammenstoß schien wahrscheinlich, die Stimmung der meisten Cantone, selbst der entfernteren, schien der Art, daß der Bundesrath für alle möglichen Fälle auf sie zählen könne. Allein als die Bundesversammlung zusammentrat, ergab es sich, daß die Ansichten doch sehr getheilt waren und daß die Mehrheit wenig Lust hatte, sich in einen so ungleichen Kampf zu stürzen, in dem sie ohne Zweifel von keiner einzigen Großmacht unterstützt worden wäre. Die Mehrheit der von beiden Räthen niedergesetzten Commissionen wollte die geforderten Vollmachten nicht unbedingt ertheilen und nur um die eingetretene Spaltung zu verdecken, wurden sie am Ende fast einstimmig von beiden Räthen ertheilt, aber erst, nachdem die Commissionen sich vergewissert hatten, daß der Bundesrath die Ansprüche der Schweiz auch weiterhin lediglich auf diplomatischem Wege verfolgen werde. Kaum war daher die Bundesversammlung auseinander gegangen, so entließ der Bundesrath auch größtentheils die aufgebotenen Truppen und begnügte sich, Genf noch einige Zeit besetzt zu halten.

Zu gleicher Zeit mit der Entscheidung über das Schicksal Savoyens erfolgte auch diejenige über das Schicksal Mittelitaliens. Am 11. und 12. März fand in Toskana, Modena, Parma und den römischen Legationen die Abstimmung über die Frage, ob sie definitiv dem Reiche des Königs Viktor Emanuel von Sardinien einverleibt zu werden oder ob sie getrennte Staaten zu bilden wünschten, nach dem von Frankreich adoptirten Princip des allgemeinen Stimmrechts statt. Das Resultat sprach sich für die Einverleibung aller dieser bisher selbständigen Staaten aus. Am 18. März nahm Viktor Emanuel in feierlicher Audienz die Annexion von Parma, Modena und den römischen Legationen, am 22. diejenige Toskanas an. Am 28. März rückten die sardinischen Truppen in Toskana, in Parma, Modena und Bologna ein. Damit war der von Frankreich in seiner Note vom 24. Febr. vorausgesetzte Fall eingetreten und schon am 21. März hatte daher die französische Armee in Italien ihren Rückmarsch über Nizza und über den Mont Genis durch Savoyen angetreten. Der Pabst aber schleuderte am 26. März den Bann gegen diejenigen, die den Eingriff in die päpstlichen Staaten begangen, veranlaßt oder auch nur gebilligt hätten. Diese letzte Waffe, die Rom geblieben war, hatte im Laufe der Jahrhunderte ihre Schärfe verloren, die Maßregel blieb ohne allen Erfolg.

Damit war jedoch die italienische Bewegung keineswegs zum Stillstande gekommen. Seit dem Jahr 1848, seit der Herstellung der früheren

verhaßten Zustände und der Unterdrückung jedes Restes, jedes Scheines freierer volksthümlicher Einrichtungen hatte sich in den gebildeteren Klassen Italiens mehr und mehr die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß nur durch ein einheitliches Italien im Anschluß an die constitutionelle Monarchie Sardinien ein dauernder Umschwung und ein gesicherter Besitz verfassungsmäßiger Zustände erzielt werden könne. Sobald daher durch den Einmarsch der Franzosen und das Vorrücken derselben im Frühjahr 1859 der Druck, der bisher von Oesterreich auf die mittelitalienischen Herzogthümer und die römischen Legationen ausgeübt worden war, aufhörte, erhoben sich die Bevölkerungen aller dieser kleinen Staaten und vertrieben ihre Fürsten, nicht um sich irgend einen andern eigenen Fürsten zu geben und eben so wenig, um sich etwa als Republiken zu constituiren, sondern unter dem Rufe Italien und Viktor Emanuel, und erklärten laut ihren Wunsch, auf ihre bisherige Selbständigkeit zu verzichten und der Monarchie Sardinien einverleibt zu werden. Standhaft verfolgten sie diesen Gedanken, hielten ihn trotz des Friedens von Villafranca aufrecht und waren nun endlich zu ihrem Ziele gekommen. Am 2. April ward das erste italienische Parlament, an dem nicht nur Abgeordnete aus Sardinien und der Lombardei, sondern auch aus Toskana, Modena, Parma und den römischen Legationen erschienen, zusammengetreten. Es fehlte außer Venetien nur der Rest des Kirchenstaats und das Königreich beider Sicilien. Auch diese sollten noch vor Ablauf des Jahres durch eine Reihe fast wunderbarer Ereignisse beitreten.

Die eigentlich revolutionäre Partei, die Partei der Action, wie sie sich selbst nannte, an deren Spitze Joseph Mazzini seit halb 30 Jahren mit unermüdblicher Thätigkeit und Gewandtheit ebenso wie mit unerschütterlicher Consequenz und Beharrlichkeit stand, hatte ihr Auge längst fest auf diese Gegenden geheftet und zahlreiche Verbindungen angeknüpft und unterhalten. Zu Anfang des Jahres hatte sich Mazzini sogar durch den sardinischen Advokaten und Deputirten Brofferio mit dem Könige Viktor Emanuel selbst in Verbindung zu setzen gewußt und demselben einen Umschwung der Dinge auch in Südtalien in Aussicht gestellt, wenn man seine Partei nur machen lasse und sie wenigstens indirect unterstütze. Die Unterhandlungen führten freilich zu keinem Resultat. Die Unternehmung selbst aber wurde nur wenige Monate später und zwar auf den von Mazzini bezeichneten Grundlagen von Garibaldi aufgenommen und durchgeführt. Am leichtesten schien ein Angriff auf den Rest des Kirchenstaates; denn hier war die Unzufriedenheit der Bevölkerung am größten und allgemeinsten:



allein der Schutz der französischen Occupationstruppen so wie die exceptionelle Stellung des Kirchenstaats boten gerade hier besondere Hindernisse und legten jeder auch indirecten Unterstützung von Seite der sardinischen Regierung besondere Schwierigkeiten in den Weg. Weniger war dies in Sicilien der Fall, wo in den ersten Tagen des April eine insurrectionelle Bewegung ausbrach, die höchst wahrscheinlich von der mazzinistischen Partei veranlaßt, organisirt und geleitet war; wenigstens finde ich nirgends auch nur die leiseste Andeutung, daß dieselbe durch irgend welche neuere Maßregeln der neapolitanischen Regierung hervorgerufen worden sei. Vielmehr brachen ganz plötzlich am 4. April in Palermo, am 8. desselben Monats in Messina insurrectionelle Bewegungen aus, ohne daß seither weder über ihren Ursprung, noch über ihre Mittel, noch über ihren nächsten Zweck irgend etwas näheres bekannt geworden wäre. Sie scheinen auch durchaus unbedeutend gewesen zu sein. Nur der allgemeine Wunsch nach einer Veränderung, die allgemeine Unzufriedenheit mit dem neapolitanischen Regiment gab denselben Bedeutsamkeit und Halt. Ohne große Mühe wurde von den Truppen die Ruhe in beiden Städten wiederhergestellt und die Insurgenten aus denselben hinausgedrängt. In Messina scheint die Bevölkerung der Stadt an der Bewegung gar keinen Antheil genommen zu haben. Dennoch unterhielt der Commandant der Festung auch nachher noch ein Kanonen- und Kleingewehrfeuer, das keinen Sinn hatte, wenn nicht den, die Bevölkerung der Stadt überhaupt zu schrecken und zu bedrohen, wogegen die fremden Consuln zu protestiren sich veranlaßt fanden. In Palermo waren die Umstände etwas ernster, allein auch dort hörte jeder active Widerstand auf, sobald das Kloster Guancia, der Sitz der Verschwörung, von den Truppen genommen und zur Strafe geplündert worden war. Dagegen scheinen hier die Insurgenten zahlreicher gewesen zu sein, und wenn auch die Bevölkerung denselben keinen activen Beistand leistete, so unterstützte sie dieselben doch durch einen passiven Widerstand wie durch neue Demonstrationen. Während der Unordnungen am 4. April waren natürlich in Palermo alle Läden geschlossen und der Belagerungszustand verkündet worden. Allein auch nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, blieben, wie in Erwartung weiterer Ereignisse, die Läden geschlossen. Umsonst erließ der Platzcommandant von Palermo, General Salzano, schon am 5. April einen Ausruf an die Bevölkerung, ruhig an die Geschäfte zurückzukehren, umsonst erneuerte er diese Aufforderung am 7. und zum dritten Mal am 10. April; die Kaufläden blieben geschlossen. Am 13. April erfolgten sogar neue Zusammenrottungen in den Straßen und ertönte der Ruf: Es lebe die Freiheit! es lebe



Viktor Emanuel! Ohne Mühe wurden aber die Straßen vom Militär gereinigt und einige Verhaftungen vorgenommen. Am 15. wurden 13 Auf-  
 rührer, welche den Truppen am 4. im Kloster Guancia in die Hände ge-  
 fallen waren, vom Kriegsgericht verurtheilt und erschossen. An demselben  
 Tage rückten drei mobile Kolonnen von Palermo aus, um die Insurrection  
 die sich in die Berge hinter Palermo zurückgezogen hatte, und im Innern  
 der Insel, wie es hieß, fortgährte — die Postverbindung mit dem Innern  
 war schon seit dem 4. eingestellt worden — vollends zu unterdrücken. Am  
 22. wurde endlich der Belagerungszustand in Palermo für aufgehoben er-  
 klärt und begannen die Kaufläden sich wieder zu öffnen, allein die zufällige  
 Ankunft eines französischen Dampfbootes gab am selben Tage zu neuen  
 Demonstrationen und Unordnungen Anlaß: der Belagerungszustand wurde  
 neuerdings verhängt, die Kaufläden neuerdings geschlossen. Auch die in  
 den Bergen hinter Palermo fortgährende Insurrection wurde von den mobilen  
 Kolonnen keineswegs gänzlich unterdrückt, obgleich der Telegraph von Neapel  
 aus wiederholt Europa versicherte, in Palermo sei die Ruhe vollkommen  
 wieder hergestellt und die Insurrection werde in ihren Trümmern verfolgt.  
 Erst am 3. Mai wurde der Belagerungszustand aufgehoben; aber die Kauf-  
 läden blieben geschlossen und die Ladenbesitzer im Cassaro, der Hauptstraße  
 der Stadt, mußten am 4. polizeilich genöthigt werden, ihre Magazine zu  
 öffnen. Jetzt erfolgte aber eine andere Art von Demonstration. Ein ge-  
 heimes revolutionäres Comité forderte den 6. Mai durch gedruckte Placate  
 die Bevölkerung dazu auf, eben jene Hauptstraße, den Cassaro,  
 während drei Tagen nicht zu betreten. Und wirklich war er während  
 der drei Tage wie verödet; wer ihn betreten mußte, eilte, halb wieder  
 eine Nebenstraße zu gewinnen. Dann verlangte dasselbe Comité das Gegen-  
 theil, indem es auf den 9. zu einem allgemeinen Spaziergang in der Via  
 Macqueda, einer andern Hauptstraße der Stadt, aufforderte, und zur be-  
 stimmten Stunde wandelten wirklich in dieser Straße 10—12,000 Menschen  
 hin und her, Leute aus allen Ständen, sich grüßend, nickend, lachend. Am  
 10. Mai sprach das Comité durch Placat seine Zufriedenheit darüber aus:  
 „Wir haben uns gezählt und gesehen, wie stark wir sind. Wartet des  
 Zeichens, um loszuschlagen, die Stunde ist nicht fern“. Am 11. landete  
 die Expedition Garibaldis in Marsala. Am 12. war das geheime Co-  
 mité in Palermo schon davon unterrichtet und setzte die Bevölkerung da-  
 von in Kenntniß, die es am 13. aufforderte, sich nunmehr aller Demon-  
 strationen zu enthalten, dagegen zum entscheidenden Kampfe sich vorzu-  
 bereiten.



Am 6. Mai war Garibaldi mit 1062 italienischen und 5 ungarischen Freiwilligen auf 2 Dampfbooten von Genua abgefahren. Die Abfahrt erfolgte Anstands halber, um die sardinische Regierung zu schonen, einigermaßen heimlich, da dieselbe eine offene Abfahrt 8 Tage früher zu verhindern sich bemüht gesehen hatte. Daß sie indeß auch diese Abfahrt hätte hindern können, ist außer Zweifel. Allein ohne die Expedition vorerst besonders zu unterstützen, ließ sie dieselbe gewähren, zumal die Bevölkerung nicht blos in Genua, sondern in Piemont und in der Lombardei den lebhaftesten Antheil daran nahm. Das Unternehmen war ein überaus kühnes; welches immer die Stimmung der Bevölkerung sein mochte, mit 1067 Mann und 4 Stück Geschütz unternahm es Garibaldi, ein Königreich anzugreifen, das über ein reguläres, gut organisirtes, mit besonderer Vorliebe gepflegtes Heer von mehr als 150,000 Mann gebot. Am 11. Mai landete er trotz der neapolitanischen Kreuzer, die von seinem Unternehmen zum voraus unterrichtet waren, mit Hülfe eines englischen Schiffes, glücklich in Marsala. Ohne sich indeß lange dort aufzuhalten, zog er in die Berge, setzte sich zunächst bei Salemi fest, zog dasselbst die zerstreuten Insurgentenhaufen an sich und organisirte sie nach Kräften, so daß er am 14. Mai nach seiner eigenen Angabe über ein Corps von etwa 4000 Mann gebot. An demselben Tage übernahm er durch Decret die Dictatur über Sicilien im Namen Viktor Emanuels, Königs von Italien.

In Neapel war 1859 König Ferdinand II., der mit eiserner Hand sein Land regiert und jede Regung der modernen Ideen unterdrückt hatte, gestorben. Ihm folgte sein noch junger, einseitig erzogener, in den Regierungsgeschäften völlig unerfahrener Sohn Franz II. Dem Vater hatten 10 — 12,000 Mann schweizerischer Soldtruppen, die den Kern seiner Armee bildeten, das Regiment gesichert. Durch Einwirkungen, die noch keineswegs genügend aufgeheilt sind, genehmigte Franz II. bald nach seiner Thronbesteigung die Entlassung der Schweizertruppen, so weit sie es verlangten. Der größte Theil kehrte in die Heimath zurück, nur ein geringer blieb und suchte sich durch schweizerische und andere Elemente zu reorganisiren. Im Uebrigen ließ Franz II. alles beim bisherigen: er behielt die Råthe seines Vaters, die Königin-Mutter genoß am Hofe eines allmächtigen Einflusses, die junge Königin, eine bayerische Prinzessin, hatte wenig oder nichts zu sagen. Das Regiment beruhte auf einem blühenden Finanzwesen und einem wohlgeordneten, zahlreichen, sorgfältig gepflegten Heere. Die Landbevölkerung fröhlich, genügsam, zufrieden, ergab sich

willig dem Einflusse des niedern Landadels, der königlichen Beamten und des meist sehr ungebildeten Klerus; die Stadtbevölkerung, beweglich, neuerungslustig, unzufrieden wurde mit Gewalt darniedergehalten. Jede freiere selbständige Meinung erschien als Hochverrath und hatte Kerker oder Verbannung zu fürchten. Die Verwaltung war eine sehr mangelhafte; auf dem Lande, in den Provinzen war weder von irgend genügenden, vielfach sogar von keinen Schulen, noch von practicablen Straßen die Rede; die Justiz war theils ungenügend, theils nicht unabhängig. Der Drang der höheren Klassen nach einer freien modernen Verfassung war von der Dynastie wiederholt blutig unterdrückt, jede Regung dieser Art mit Leidenschaft und allen Mitteln der Gewalt verfolgt worden. Zahlreiche Flüchtlinge lebten im Ausland, zahlreiche Opfer schmachteten in den Gefängnissen. Aber der Drang war nicht ausgerottet: diese Klassen warteten bloß ihre Zeit ab, überzeugt, daß es auf die Dauer nicht möglich sei, ohne ihre Mitwirkung und gegen ihre Anschauungen, ihre Wünsche, ihre Interessen zu regieren.

Als die erste Nachricht von den an sich nicht gefährlichen Insurrectionen in Palermo und Messina am 4. und 8. April nach Neapel gelangte, beeilte man sich neue Truppen nach Sicilien zu schicken. Es war dies ganz überflüssig: um die Ordnung wieder herzustellen, wären die bereits auf der Insel liegenden Truppen unter umsichtigen Führern mehr als hinreichend gewesen; um die Gemüther zu beruhigen bedurfte es anderer Maßregeln. Der junge König, unerfahren, wie er war, aufgewachsen im System seines Vaters, in den Händen der Königin-Wittve, umgeben von den alten Rathgebern und Dienern seines Vorgängers scheint daran gar nicht gedacht zu haben. Was sich nicht unbedingt dem absoluten und absolutistischen Systeme fügte oder anschloß, hieß am neapolitanischen Hofe revolutionär und es galt dort als oberster Grundsatz der Staatskunst, daß dem revolutionären Geiste auch nicht die geringste Concession gemacht werden dürfe, wenn man nicht alles gefährden wolle. Zwar bedurfte es keiner Divinationsgabe, um vorherzusehen, daß die Ereignisse in Ober- und Mittelitalien unmöglich ohne Einfluß auf Süditalien bleiben würden. Auch richtete wirklich der Graf v. Syrakus, Oheim des Königs, eben zu Anfang jenes Monats April ein Memorandum an den König, in dem er ihn darauf aufmerksam machte und mit dem Rathe schloß, der König möge seinem Lande eine Constitution verleihen und eine Allianz mit Sardinien schließen. Allein der Rath wurde nicht beachtet. Es ist wahr, daß der Graf von Syrakus sich keiner großen Achtung er-



freute; aber es ist eben so wahr, daß der König nur zwei Monate später genau das thun mußte, was ihm der Graf gerathen hatte. Auch in Neapel begann jetzt eine unruhige Bewegung die Gemüther zu ergreifen. Kaum war am 6. April die Nachricht von den Unruhen in Palermo angelangt, kaum hatte sich dieselbe wie ein Lauffeuer durch die Stadt verbreitet, so füllte sich auch schon der Toledo mit einer immer mehr anschwellenden Menschenmasse, die den lauten Ruf nach einer Constitution hören ließ und die auf 80,000 Menschen geschätzt wurde. Militärpatrouillen reinigten die Straße. Der König glaubte sich auf seine Truppen verlassen zu können und nur auf sie verlassen zu sollen. Am 16. April hielt er auf dem Marsfelde eine große Revue über die Garnison von Neapel und der nächsten Städte, an 40,000 Mann, ab, zog an ihrer Spitze durch die Stadt, gab den Offizieren ein glänzendes Bankett. So leicht schien er nichts besorgen zu dürfen. Erst als er die Nachricht von der wirklich erfolgten Landung Garibaldis in Sicilien erhielt, schien es ihm nicht genügend, neue zahlreiche Verstärkungen auf 4 Dampfern nach Palermo zu schicken, er beschloß zugleich den Fürsten Castalcicala als Statthalter der Insel abzurufen und den General Lanza, einen gebornen Sicilianer, mit umfassenden Vollmachten als sein *Alter Ego* dahin abzusenden. Aber auch jetzt noch hielt er es für genügend den Sicilianern Amnestie und einen königlichen Prinzen als Generalstatthalter in Aussicht zu stellen, Straßen, Eisenbahnen und andere öffentliche Arbeiten zu versprechen: von der Ertheilung irgend welcher verfassungsmäßiger Rechte war auch jetzt noch keine Rede.

Am demselben Tage, an welchem General Lanza in Palermo landete, führte Garibaldi seine erste Waffenthat gegen General Landi, der mit 3500 Mann königlicher Truppen bei Calatafimi stand, aus, indem er denselben aus fünf gut vertheidigten starken Stellungen vertrieb und ihm ein Berggeschütz abnahm. Der General schrieb einen höchst kläglichen Brief um Verstärkung an seinen Vorgesetzten in Palermo; da aber eine Verstärkung nicht sogleich da sein konnte, trat er den Rückzug an, auf dem er durch die Insurgenten von Partenico und Borghette ungemein zu leiden hatte. Dieser erste Erfolg war wohl entscheidend für Garibaldi: die königlichen Soldaten verloren die Zuversicht, die seine Freiwilligen gewonnen hatten. Nichts desto weniger war seine Lage eine überaus gefährliche: einem numerisch weit überlegenen, mit allem Nöthigen wohl versehenen Feinde gegenüber, konnte er sich nur auf seine Ausdauer und seine unbedingte Hingebung an das mit Leidenschaft von ihm geliebte



Vaterland stützen und auf seine Kühnheit wie auf seinen schnellen richtigen Blick verlassen. Seine kleine Truppe war für ihn begeistert, ihm ohne Rückhalt ergeben. Zunächst blieb ihm aber nichts anderes übrig, als die königlichen Truppen zu beunruhigen, dieselben bald da bald dorthin zu locken, jeden theilweisen Vortheil zu einem raschen Schlage zu benutzen, der Uebermacht nicht selten auf fast unwegsamem Fußpfaden auszuweichen und den Gegner zu ermüden, um am Ende mit einem Schlag in Palermo selbst einzubringen und hier den entscheidenden Kampf zu versuchen. Das that er vom 15. bis zum 25. Mai. Am 26. hielt er Kriegsrath in Misilmeri: es wurde beschlossen, am folgenden Tage Palermo anzugreifen; die Bewohner waren einverstanden, allabendlich hatten sie die Bivouakfeuer der Insurgenten auf den Anhöhen beobachtet, mit Eifer der Ankunft des Befreiers entgegensehend. In der Nacht machte seine kleine Schaar den mühsamen Marsch von Misilmeri über den Gabel Rosso; am Morgen mit Tagesanbruch standen sie vor der Porta Termini von Palermo.

Die königliche Gewalt in Palermo war gegen einen Angriff, wie man denken mußte, mehr als hinreichend gerüstet. General Lanza hatte das Fort und alle festen Punkte der Stadt besetzt, gebot über ein Armeecorps von etwa 25,000 Mann, worunter der Rest der Schweizertruppen unter General von Mechel, mit 48 Geschützen, und im Hafen lagen kampfbereit 8 neapolitanische Kriegsschiffe. Dieser Macht hatte Garibaldi nur etwa 4 oder höchstens 5000 Freiwillige entgegen zu setzen. Dennoch ließ er sofort die Porta Termini angreifen; sie wurde ohne großen Widerstand genommen und besetzt. Dann drangen die Schaaren Garibaldis weiter und in die Stadt selbst ein. Das erste Knallen der Gewehre hatte die Bevölkerung davon unterrichtet, daß Garibaldi da sei und daß der entscheidende Kampf begonnen habe. Als bald erhob sich die ganze Stadt mit dem lauten Ruf: Es lebe Italien! Es lebe Garibaldi! und wurden auf allen Thürmen die Sturmglocken gezogen. Ueberall in den Straßen erhoben sich Barrikaden. Bis um Mittag war bereits mehr als die Hälfte der Stadt in den Händen Garibaldis: das Militär blieb theils in den festen Positionen, die es eingenommen hatte, theils zog es sich bald dahin zurück. Aber um 10 Uhr Vormittags begann die Citabelle, um 12 Uhr auch die Schiffe im Hafen, die Stadt zu bombardiren und fuhren damit den ganzen Tag und die ganze Nacht fort; erst am folgenden Tage (28. Mai) Morgens stellten die Kriegsschiffe das Feuer ein, mäßigte es wenigstens die Citabelle. Ein großer Theil der Stadt war



zum Schutthaufen geworden. Durch Vermittlung des englischen Admirals Mundy, dessen Schiff Hannibal seit mehreren Tagen im Hafen lag, knüpfte der neapolitanische Flotten-Commodore Unterhandlungen mit Garibaldi an, die indeß vorerst noch zu keinem Ziele führten. Am folgenden Tage (30. Mai) schlug General Lanza selbst Garibaldi, den er jetzt Excellenz und General titulierte, eine Conferenz vor, die auf dem englischen Linienschiff zwischen letzterem und zwei Generalen Lanzas in Gegenwart des englischen Admirals so wie des französischen und amerikanischen Commodore stattfand. Es wurde ein Waffenstillstand bis zum folgenden Tage geschlossen. In der Nacht rüstete sich die ganze Stadt zu neuem Kampfe, Priester und Mönche durchzogen die Straßen, um zum Widerstand zu ermunthigen. Auf das Begehren Lanzas wurde indeß der Waffenstillstand noch vor Ablauf desselben auf drei weitere Tage mit Garibaldi verlängert. Lanza hielt es für unmöglich sich zu halten oder den Kampf wieder aufzunehmen: schon in der Nacht vom 31. Mai sandte er daher den General Letizia auf einem Dampfer behufs weiterer Befehle nach Neapel. Letizia kehrte am 2. Juni von Neapel zurück: die dortige Regierung wollte noch nichts von Uebergabe der Stadt wissen. Der Waffenstillstand wurde darum am 3. auf unbestimmte Zeit verlängert. Letizia ward neuerdings nach Neapel geschickt, von wo er am 5. Mai zurückkehrte: der König hatte sich in das, wie es schien, Unvermeidliche geschickt, General Lanza erhielt die verlangten Vollmachten. Am 6. unterzeichnete er die Capitulation mit Garibaldi: die sämmtlichen Truppen sollten mit allem Material abziehen und sich sofort nach Neapel einschiffen. Es geschah, der Abzug der Truppen wurde ohne Verzug begonnen: Garibaldi war Herr der Stadt, er ernannte ein Ministerium und erließ eine Reihe von Decreten zur militärischen und administrativen Reorganisation der Insel.

Gegen die königlichen Generale wurde in Neapel eine Untersuchung eingeleitet; mit vollem Recht, ob auch im richtigen Sinn, bleibt dahin gestellt. Das Bombardement und die Capitulation von Palermo gehört ohne Zweifel zu den merkwürdigsten und leklagenswertheften Ereignissen der neuesten Zeit. Die Handlungsweise der neapolitanischen Generale darf als eine geradezu unverantwortliche bezeichnet werden. Der passive Widerstand, den die Palermitaner seit dem Ausbruche der Verschwörung vom 4. April den neapolitanischen Behörden entgegensetzten, ist geschildert worden. Ihre Bethheiligung an den spätern Ereignissen scheint nicht wesentlich weiter gegangen zu sein. Ich habe alle Berichte namentlich der



englischen Reporters so wie einiger schweizerischen Offiziere über die Ereignisse in Sicilien im Mai dieses Jahres 1860 gelesen und ich gestehe, ich kann nicht finden, daß Garibaldi von den Palermitanern in den entscheidenden Tagen namhaft unterstützt worden sei: sie ließen ihn gewähren, sie schenkten ihm ihre volle, ungetheilte, laute Sympathie, sie zogen die Sturmglocken und errichteten Barrikaden, sie ertrugen mit heroischem Muth die furchtbare Zerstörung ihrer Stadt, ohne zu wanken, alles das, zumal das letzte, ist hoher Anerkennung werth und konnte nicht verfehlen, auf die neapolitanischen Truppen und ihre Generale einen tiefen Eindruck zu machen; aber ich finde nicht, daß sie in irgend erheblicher Zahl mit den Waffen in der Hand in die Straßen herabstiegen und den Garibaldianern im Kampf gegen die Truppen zur Seite standen. Für den eigentlichen Kampf stand der Militärmacht Lanzas wesentlich nur die kleine Schaar Garibaldis gegenüber. Mit dieser aber hätte ein ebenso kaltblütiger als energischer Offizier, dem Lanza nur die Hälfte seiner entbehrlichen Truppen unterstellt hätte, wohl fertig werden können, wie der geringe Antheil, den die Schweiz an diesen Ereignissen nahm, zeigte. Statt dessen bombardirte Lanza die wehrlose Stadt, erschrock dann vor seinem eigenen Werke entsetzlicher Zerstörung und gab alles verloren, während noch in der That nichts verloren war als sein Verstand, seine Menschlichkeit, seine Ehre. Doch nicht das allein war jetzt verloren. Die Ereignisse von Palermo machten in ganz Europa einen gewaltigen Eindruck. Am tiefsten war er natürlich in Neapel. Die Monarchie Franz II. wurde dadurch bis in ihre Grundfesten erschüttert. Der Name Garibaldis verbreitete sich über die Insel und das Festland und drang in alle Thäler: die ungezähmte Phantasie dieses südlichen Volkes sah in ihm einen Heros, dem nichts zu widerstehen vermöge, vor dem alles zusammenstürzen müsse.

Die Regierung von Neapel war plötzlich von quälender Angst ergriffen, der König zu jeder Concession bereit. Schon am 1. Juni, noch bevor Palermo capitulirt hatte, versammelte der Minister Caraffa die Repräsentanten der Großmächte und verlangte von ihnen, daß sie das Gebiet und den Bestand des Königreichs garantirten, wogegen der König zur Befriedigung seiner Unterthanen eine Verfassung zu verleihen versprach. Das eine war nicht wohl möglich, hätte jedenfalls längere Unterhandlungen vorausgesetzt; das andere war schon zu spät. Zwar wurde der Commandeur de Martino am 7. Juni vom Könige an die Höfe von Frankreich und England abgesandt; allein derselbe kehrte schon am 15. nach Neapel zurück, nachdem er den Kaiser Napoleon in Fontainebleau gespro-



den, ohne nach London gegangen zu sein: seine Mission blieb ohne Erfolg. Die neapolitanische Regierung mußte sich jede Demüthigung, jedes Unrecht gefallen lassen. Obgleich die neapolitanische Flotte seither beständig an den Küsten des Festlandes und Siciliens gekreuzt hatte, während seit der zweiten Hälfte des Monats Mai fortwährend von Genua aus Schiffe mit Mannschaft und Munition für Garibaldi abgegangen waren, war es ihr doch nur gelungen, zwei solcher Schiffe mit Freiwilligen am 12. Juni aufzubringen und nach Neapel zu führen. Die Bestimmung der Schiffe konnte nicht zweifelhaft sein. Dennoch verlangten am 14. der piemontesische und der amerikanische Gesandte in sehr energischen Notizen die Herausgabe der Schiffe und stellten sogar Genugthuungs- und Entschädigungsbegehren für die Kapitäne und Passagiere, nicht nur weil die Kaperung eine gegen die Gesetze der freien Schifffahrt verstößende und unregelmäßige gewesen sei, sondern sogar weil die Pässe der Schiffe und aller Passagiere in Ordnung gewesen wären. Die neapolitanische Regierung mußte sich dazu verstehen, am 24. Juni Schiffe, Mannschaft und Passagiere ohne alle Bedingung wieder herauszugeben. Ein solcher Zustand war nicht haltbar; der König mußte wenigstens den Versuch machen, einen neuen festen Boden zu gewinnen. Den 25. Juni erklärte er von Portici aus, daß er sich entschlossen habe, eine allgemeine Amnestie zu erlassen, sein Ministerium zu ändern, eine Verfassung zu ertheilen und mit Sardinien im Interesse beider Kronen eine Allianz zu schließen. Am 28. Juni wurde das neue Ministerium ernannt, am 1. Juli die von Ferdinand II. am 10. Febr. 1848 ertheilte und beschworene, später aber aus eigener Machtvollkommenheit wieder beseitigte, formell indeß nie abgeschaffte Verfassung wieder hergestellt, am 15. Juli gingen der Cav. Manna und Baron Winspeare als Gesandte Neapels nach Turin ab, um die Allianz mit Sardinien zu unterhandeln. So war Franz II. genau auf dem Punkte und bei den Maßregeln angekommen, die ihm sein Oheim, der Graf von Syrakus, in den ersten Tagen des April unterbreitet hatte: damals wären sie von seinen Völkern auf dem Festlande und in Sicilien mit Dank, von Sardinien mit Enthusiasmus aufgenommen worden und wurden verworfen; jetzt nahm sie der König auf, da es zu spät war, da er, von Sicilien ganz abgesehen, auch auf dem Festlande nicht mehr im Stande war, sie durchzuführen und die sardinische Regierung nicht mehr darauf eingehen konnte, ohne sich in die größten Schwierigkeiten zu verwickeln. Damals konnte er es im unbestrittenen Besitze königlicher Machtvollkommenheit thun und eben weil er es vollkommen frei gethan hätte,



so hätten seine Völker darin ein Pfand seiner aufrichtigen Gesinnung erkannt; jetzt that er es nur durch die Gewalt der Umstände gezwungen, nicht ohne Schaden, so schien es ihm wohl, seiner königlichen Ehre und ebendarum konnten seine Völker, durch bittere Erfahrungen mit Recht mißtrauisch gemacht, kein volles Vertrauen in die Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen setzen.

Es liegt indeß bis jetzt kein Grund vor, diese Aufrichtigkeit seiner Gesinnungen zu bezweifeln. Obwohl er schon seit mehr als einem Jahre seinem Vater in der Regierung gefolgt war, so mochte man doch fast meinen, daß der junge König erst jetzt mit dem Bewußtsein seiner königlichen Pflichten auch das Bewußtsein seiner königlichen Rechte erlangt habe. Wenn er fiel, so fiel er doch nicht ohne Ehre und nicht sowohl aus eigener Verschuldung, sondern durch diejenige seiner Vorfahren niedergedrückt. Die Schwierigkeiten, die sich alsbald vor ihm aufthürmten, waren zu groß, als daß es ihm mit unerfahrender, unsicherer Hand gelingen konnte, sie zu überwinden. Schon am 28. Juni, als das neue Ministerium sein Amt antrat, und die italienische Tricolore auf dem königlichen Schlosse aufgezogen wurde, brachen Unruhen aus; Banden von Tumultuanten griffen gleichzeitig die 12 Polizeicommissariate der Hauptstadt an, plünderten und verbrannten die Archive: der Belagerungszustand mußte über die Stadt verhängt werden, doch gestattete der König sofort die Bildung einer Nationalgarde. Am 15. Juli brachen neue Unruhen anderer Art aus: ein Theil der Garde erhob den Ruf „Es lebe der König! Nieder mit der Constitution!“ und große Unruhe bemächtigte sich der Stadt. Doch der König zeigte Festigkeit, er begab sich selbst in die Kasernen und Quartiere der Soldaten und nahm ihnen den Eid auf die Verfassung ab. Die äußere Ruhe war wieder hergestellt, doch in den Gemüthern gährte es fort. Mit ängstlicher Miene sahen alle Parteien nach Sicilien hinüber, wo Garibaldi sich rüstete, trotz seiner geringen Mittel auch das Festland anzugreifen, um den einen Gedanken, der seine ganze Seele erfüllte, ganz Italien zu einem freien und starken Reich zu vereinigen, ins Leben zu führen.

Seit der Einnahme von Palermo hatte Garibaldi ein Ministerium ernannt und demselben die administrative Reorganisation der Insel überlassen. Er selbst war fast ausschließlich bemüht, die militärischen Kräfte der Insel so wie die Zuzüge, die ihm jetzt immer reichlicher von Genua aus vermittelt wurden, zu ordnen und zu gestalten. Unter dem Rufe Italien und Viktor Emanuel hatte er die Insel betreten; um sie als



einen Theil des geeinigten Italiens der Krone Viktor Emanuels einzufügen, hatte er das ganze Unternehmen begonnen; aber den Zeitpunkt, wo es geschehen könne, wollte er selbst bestimmen, hing vom weitem Erfolg seiner Pläne ab. Als daher am 22. Juni der Gemeinderath von Palermo ihn um die sofortige Annexion der Insel an Sardinien bat, lehnte er es aufs entschiedenste ab und erklärte der Deputation offen, daß er in diesem Fall genöthigt wäre, sich zurückzuziehen: „Ich kam — sagte er — um für die Sache Italiens zu kämpfen und nicht für diejenige Siciliens allein. Die zerrissenen, verlorenen, unterjochten Theile in Stand zu setzen, das einige, freie Italien zu bilden, das ist der Zweck meines Unternehmens. Wenn wir so weit sind, wenn wir jedermann sagen können, Italien muß eins sein und wenn es euch nicht gefällt, so habt ihrs mit uns zu thun, dann, aber auch dann erst wird es an der Zeit sein, zur Annexion zu schreiten“. Garibaldi wollte die Dictatur über Sicilien behalten, weil er zu dem Unternehmen gegen das Festland von Neapel entschlossen war. Das Ministerium Cavour in Turin dagegen betrieb die sofortige Annexion, eben weil es, von der Diplomatie gedrängt, gegen einen Angriff auf Neapel war, weil es ein solches Unternehmen für allzu gewagt erachtete, weil es den kaum gewonnenen Besitz der Insel nicht wieder aufs Spiel zu setzen wünschte und daher Garibaldi gerade durch die Annexion die Ausführung seiner Absicht unmöglich machen oder doch erschweren wollte. Der Zwiespalt wurde immer heftiger. Allein Garibaldi kannte wenig Rücksicht: um allen weiteren Umtrieben ein Ende zu machen, ließ er den Bevollmächtigten des Ministeriums Cavour, La Farina, am 7. Juli ausweisen und mit Gewalt auf ein Schiff bringen, das ihn nach Genua zurückführte. Dann feierte er am 15. Juli als Dictator in höchst eigenthümlicher Weise das Rosalienfest und brach am 18. gegen Messina auf.

Schon am 20. Juli griff er Milasso an, das von General Bosco, einem der besten Officiere Franz II. vertheidigt wurde. Schon am 21. sah sich indeß die Festung genöthigt, zu capituliren: die Truppen erhielten freien Abzug, mußten aber die Kanonen, Munition und Vorräthe zurücklassen. An demselben Tage erhielten die noch auf der Insel befindlichen k. Garnisonen den Befehl, die sämtlichen bis jetzt noch besetzt gehaltenen Städte der Insel zu räumen und sich nach Messina zurückzuziehen. Am 27. erhielten die von Messina aus gegen Garibaldi vorgeschobenen Truppenkörper wieder von Neapel aus den Befehl zum Rückzug. Sofort ward zwischen General Clary, dem Befehlshaber von Messina, der

dazu die nöthigen Vollmachten erhalten hatte, und Garibaldi über einen Waffenstillstand unterhandelt, der am 28. abgeschlossen wurde. Nach demselben räumten die Truppen die Stadt, in der Citabelle blieben nur 6000 Mann zurück, die übrigen 12,000 wurden theils nach Neapel eingeschifft, theils nach Calabrien übergesetzt, die Meerenge sollte frei bleiben. Am 5. Aug. traf Garibaldi seine Vorbereitungen zur Ueberfahrt auf das Festland, am 6. erließ er eine Proklamation an die Bevölkerungen desselben, am 9. schickte er die erste Freischaar, 350 Mann unter Major Missori hinüber, erst am 19. schiffte er sich selbst mit 5000 Mann ein und landete glücklich trotz der in der Meerenge kreuzenden neapolitanischen Flotte am jenseitigen Ufer in der Nähe von Reggio. Zunächst schlug er sich wieder in die Berge und machte am 19. u. 20. Aug. wiederum wie seiner Zeit bei Palermo künstliche Märsche, um die Feinde zu täuschen und zu ermüden. Am 21. griff er plötzlich Reggio an, nahm die Stadt, drängte die königlichen Truppen in das Fort und griff sofort auch dieses an, das sich ergab: die Garnison erhielt wiederum freien Abzug mit ihren Waffen; alles übrige blieb in den Händen des Siegers. Das war im Grunde die letzte Waffenthat Garibaldis. Am 23. ergaben sich ihm die Brigaden Melendez und Briganti bei Piale auf Gnade und Ungnade, am 27. löste sich das Lager bei Monteleone unter General Vial von selbst auf; von da an hatte Garibaldi so zu sagen keinen Schwertstreich mehr zu thun. Nach dem Vorgange von Potenza, wo sich schon am 18. Aug. eine provisorische Regierung gebildet hatte, traten jetzt überall in den südlicheren Provinzen provisorische Regierungen auf, während sich zugleich alle in diesen Provinzen gelegenen Truppenkörper bis gegen Salerno hinauf auflösten und auseinandergingen. Am 30. Aug. war Garibaldi in Cosenza, am 5. Sept. bereits in Eboli, ganz nahe bei Salerno. Oft eilte er mit wenigen Begleitern seinem Freiwilligenheere voran und zog mitten durch größere und kleinere Abtheilungen der aufgelösten neapolitanischen Truppen, nicht ohne Gefahr, bis seine Leute nachgekommen waren. Er eilte, denn er hatte schon früher auf den 7. oder 8. Sept. seine Ankunft und seinen Einzug in Neapel angekündigt.

Es war dem neu eingeführten constitutionellen Regime in Neapel nicht gelungen Wurzel zu fassen. Die Zeit war zu kurz und es wollte sich keine Partei bilden, die sich für den König um die neue Verfassung geschaart hätte gegen die von Garibaldi vertretene Einheit Italiens. Die zahlreichen Flüchtlinge, die jetzt aus dem Exil zurückkehrten, hatten meist Jahre lang in Sardinien gelebt und waren von der Idee eines einigen Italiens

durchbrungen, die höhern Klassen mißtrauten vielfach der Aufrichtigkeit des Königs und hielten freie verfassungsmäßige Zustände für besser gesichert unter dem Scepter Viktor Emanuels als unter dem des Bourbonen, das Volk war in seiner Phantasie von Garibaldi eingenommen und schwärmte für den Helden. Am 21. Juli verbreitete sich plötzlich das Gerücht, Garibaldi werde erscheinen: so unwahrscheinlich es lautete, so illuminirte doch ganz Neapel dafür und rief das Volk den Truppen ins Gesicht: „Es lebe Garibaldi“. Ein geheimes revolutionäres Comité unterhielt die Erwartungen durch seine Placate, die die Polizei nicht unterdrücken wollte oder konnte. Uebrigens genossen die auch schnell aufgeschossenen öffentlichen Blätter und Blättchen eine Freiheit der Discussion über die Existenz des Staates selbst, die mit einer erst werdenden Ordnung der Dinge allerdings rein unverträglich ist. Das Benehmen der königlichen Familie selbst war nicht geeignet, der Bevölkerung Achtung einzuslößen und monarchischen Halt zu geben. Die Königin-Mutter hatte sich zwar nach Gaeta zurückgezogen, aber man sagte laut, daß sie ihren Einfluß auf den König und was von der alten Camarilla um denselben zurückgeblieben war, nach wie vor durch den Telegraphen auszuüben fortfahre; und von den Oheimen des Königs hatten die Grafen von Syrakus und Aquila allen Halt vergessen, um ja recht volksthümlich zu erscheinen. Der erste, dessen Gemahlin eine sardoyische Prinzessin war, näherte sich mehr als würdig erschien, dem Hofe des Sardenkönigs und der Graf v. Aquila spielte eine halb revolutionäre, halb reactionäre Rolle. Am 13. wollte die Polizei eine förmliche Verschwörung desselben entdeckt haben: er erhielt Zwangspässe ins Ausland und mußte die Stadt sofort verlassen. War die Bevölkerung schon dadurch in Alarm versetzt worden, so wurde sie es noch mehr, als am folgenden Tage die Nachricht sich verbreitete, ein Garibaldischer Dampfer habe im Hafen von Castellamare ein königliches Linienschiff zu überrumpeln und zu entführen gesucht. Die Regierung selbst erschrock über solche Kühnheit, Truppen und Nationalgarden bivouakirten während der Nacht in den Straßen; der Belagerungszustand wurde verkündet. Am 20. Aug. wurden die Wahlen ins Parlament sowie der Zusammentritt dieses letzteren durch königliches Decret verschoben. Am 23. verlangte der französische Gesandte erst nachträglich Genugthuung für ein schon am 27. Juni gegen ihn begangenes Attentat und für den Schaden, den Franzosen beim Bombardement von Palermo erlitten hatten. Am 24. August rieth der Graf von Syrakus dem König in einem offenen Schreiben abzudanken. Am 31. August wollte man wieder eine reactionäre Verschwörung entdeckt haben, an deren



Spitze diesmal der Chef der Nationalgarde Fürst Ischitella und der Platzcommandant der Stadt General Cutrofiano ständen. Beide waren allerdings Männer, auf die der König, wie es schien, für gewisse mögliche Fälle zählen konnte. Die Minister verlangten die Entlassung beider Männer oder drohten mit ihrem Rücktritt und fast noch nachdrücklicher stellten dasselbe Verlangen die Führer der Nationalgarde. Vielleicht daß der König einen Augenblick daran dachte, das Ministerium zu ändern und auf jenen Männern zu beharren; allein er mußte sogleich erkennen, daß jeder Versuch eines Widerstands ganz unmöglich war, ohne plötzlich wieder eine ganz entgegengesetzte Bahn zu betreten: so entließ er am 3. September Ischitella und Cutrofiano. Unterdeß war aus dem Süden eine Schreckensbotschaft nach der andern eingelaufen: überall bildeten sich in den Städten provisorische Regierungen, überall lösten sich die königlichen Truppen ohne Schwertstreich auf. Noch gegen Ende des Monats August waren starke Truppencorps gegen Salerno dirigirt worden, um dort dem anrückenden Garibaldi ein entscheidendes Treffen zu liefern. In den ersten Tagen des Septembers wurde dieser Plan völlig aufgegeben. Die dahin beorderten Truppen wurden zurückberufen und der König beschloß, mit diesen und den in Neapel ihm treugebliebenen Truppen, im Ganzen noch gegen 40,000 Mann, die Stadt, die er nicht den Folgen eines immerhin ungewissen, ja mehr als zweifelhaften Kampfes aussetzen wollte, zu verlassen und sich hinter die Linie des Volturmo und in die Festungen Gaeta und Capua zurückzuziehen, wo seine Armee vielleicht die Disciplin, die Treue und auch den Muth wieder finden würde, die sie vor dem bloßen Namen Garibaldi und unter dem Einfluß einer Idee, die wie ein Schwindel die öffentliche Meinung erfaßt hatte, wieder finden würde. Am 6. September verließ der König mit seinen Truppen die Stadt, am 7. zog Garibaldi allein — seine Schaaren waren noch weit zurück — unter dem allgemeinen und lauten Jubel der ganzen Bevölkerung in Neapel ein.

Die Umwälzung in Neapel war vollendet. Die Regierungen Europas sahen zu, ohne einzugreifen. Durch den entscheidenden Einfluß Englands hielten die Westmächte an dem Princip der Nichtintervention fest. Rußland beobachtete der Entwicklung Italiens gegenüber, nachdem es im Frühjahr 1859 der Politik Frankreichs mehrfachen Vorschub geleistet, Oesterreich möglichst Hemmnisse bereitet hatte, seitdem eine durchaus zuwartende Haltung, Preußen fand keine Veranlassung, von sich aus in den Gang der italienischen Dinge einzugreifen und Oesterreich hatte, während es seine Rechte wie seine Convenienz vorbehielt, doch durch die

Note des Grafen Rechberg vom 17. Febr. anerkannt, daß „unter den obwaltenden Umständen die Opportunität einer Intervention für Oesterreich nicht vorliege“ und diese Erklärung seither wiederholt bestätigt. In ganz anderer Lage waren Frankreich und England: Schon im Januar 1860 hatte sich die englische Regierung in einer Depesche an ihren Gesandten in Neapel aufs stärkste über das dortige Regierungssystem ausgesprochen: „Es ist offenbar, daß die gewöhnlichen Regeln der Gerechtigkeit vom König von Neapel seinen Unterthanen gegenüber nicht beobachtet werden, daß Verzweiflung, wenn sie durch Unterdrückung entsteht, Complotte, Mord, Verschörungen und Aufstände gebiert. Sollten derartige Verzweiflungen den Thron des Königs von Neapel gefährden, so könnte die englische Regierung nichts anderes thun, als die Blindheit seiner Rathgeber beklagen. Aber sie wird sich nicht der Aufgabe unterziehen, die Folgen einer Mißregierung abzuwenden, welche kaum ihres Gleichen in Europa hat. Was jetzt in Neapel geschieht, führt unausweislich zum Verderben“. Am 23. Januar machte der französische Gesandte seine Regierung darauf aufmerksam, daß der Polizeiminister den Intendanten des Königreichs ein Circular habe zugehen lassen, des Inhalts: „Die öffentliche Ordnung ist zwar im Königreich nirgends verletzt worden, aber eine ebenso kühne als ohnmächtige Partei sucht durch geheime Schriften und dreifarbigte Cocarden die Bevölkerung zu verführen. Es ist daher nothwendig, ohne Zögern jeden um des geringsten derartigen Vergehens willen, ja selbst auf bloßen Verdacht hin zu verhaften. Ich erwarte, daß Sie mir durch Thatsachen beweisen, wie sehr sie von der Wichtigkeit dieser Anordnungen durchdrungen sind“. Dieselben sollten bald eine Anwendung in großartigem Maßstabe finden. Am 1. März wollte die Regierung eine Verschörung behufs einer Demonstration für den Anschluß an Sardinien entdeckt haben: mehrere hundert Personen wurden in der Hauptstadt, gegen tausend in den Provinzen verhaftet. Die Beweise, welche die Regierung in den Händen zu haben glaubte, waren der Art, daß sie selbst gestand, dieselben wären nicht genügend, um eine gerichtliche Verurtheilung der Angeklagten herbeizuführen. Sie sollten daher summarisch ohne Verhör und Proceß transportirt und verbannt werden. Die Gesandten von Frankreich und England machten umsonst energische Vorstellungen und der letztere erklärte dem Minister offen, daß „das Verderben des Königs und der Dynastie unvermeidlich seien, wosfern nicht weisere Rathschläge angehört würden“. Als die Nachricht von der am 4. April in Palermo ausgebrochenen Insurrection nach Neapel kam, wußte — wie der französische

Gesandte seiner Regierung berichtet — der Minister der Polizei Ajossa nichts Besseres zu thun, als den Intendanten zu befehlen, „jeden zu verhaften, der die geringste Sympathie mit dem Vorgefallenen an den Tag lege, ja sogar die, welche auch nur davon sprächen oder sich danach erkundigten“. Der englische Minister aber sagte ganz laut zum neapolitanischen Gesandten in der Antichambre der Königin selbst: „Ich sage Ihnen rund heraus, daß für Neapel nur zwei Auswege bleiben: entweder das Regierungssystem oder die Dynastie wechseln und ich erkläre Ihnen, daß wenn der König von Neapel nicht sein System ändern will, er sich auf einen Wechsel der Dynastie gefaßt machen muß und wir werden die ersten sein, die dem Beifall zollen“. Und ebenso schrieb der französische Gesandte am 9. April seiner Regierung: „Wenn die neapolitanische Regierung auf ihrem System beharrt, so öffnet sie selbst Ereignissen den Weg, welche möglicherweise die Existenz der Dynastie gefährden werden“ und am 10. April: „Vielleicht ist es schon zu spät, Concessionen zu machen. Vorderhand aber denkt die neapolitanische Regierung an nichts anderes, als im Zaum zu halten und einzuschüchtern, aber in keiner Weise daran, sich mit einer Bevölkerung auszusöhnen, deren Geduld erschöpft ist“. Die französische Regierung antwortete ihrem Gesandten: „Die Ereignisse rechtfertigen die Rätze, die wir zu rechter Zeit ertheilen zu sollen glaubten, die aber keinen andern Erfolg hatten, als die traurigen Wirkungen eines administrativen Regiments zu beschleunigen, das Vernunft und Politik gleichmäßig verdammen. Die öffentliche Meinung Europas wird strenge Rechenschaft von Sr. sicil. Maj. fordern. Aber dürfen wir denn nicht hoffen, daß die Bedrängniß, in der er sich befindet, ihn endlich über die Gefahren der Bahn aufklären wird, auf der er trotz aller Mahnungen beharrt?“ Die Hoffnung verwirklichte sich vorerst nicht und als sie sich verwirklichte, war es zu spät; Palermo fiel, die Bewegung ergriff auch das Festland. Jetzt erkannten Franz II. und seine Rathgeber, daß nichts anderes übrig bleibe, als dem Drängen der öffentlichen Meinung nach einer Verfassung nachzugeben, suchten indeß gegen die Gefahren eines solchen Schrittes vorerst die Hülfe der Westmächte, deren Rätze sie bisher verworfen hatten. Hr. de Martino wurde daher im Anfange Juni nach Paris und London gesandt. Er kehrte nach Neapel zurück, ohne London berührt zu haben, da Lord Palmerston in Bezug auf seine Mission im offenen Parlament erklärt hatte: „Es ist ein Fehler und das Schicksal von Regierungen wie die römische und die neapolitanische, daß sie erst durch die in ihrem Namen begangenen Grausamkeiten ihre Unterthanen zur Verzweiflung und Em-



pörung treiben und dann alle befreundeten Mächte zu Hülfe rufen und um Entfernung der Urheber und Anstifter der Revolution bitten“. So mußte die neapolitanische Regierung versuchen, selbst den Frieden mit ihrem Volke zu machen und mit eigenen Kräften die Schwierigkeiten, die sich einer Befestigung der neuen Ordnung der Dinge entgegenstellten, zu überwinden. Diese Schwierigkeiten waren nicht geringe im Innern und dazu kam noch von Außen der drohende Angriff Garibaldis. Die Regierung that ihr möglichstes, um wenigstens diesen Sturm mit Hülfe der Mächte zu beschwören. Um jeden Zusammenstoß mit Garibaldi zu vermeiden, zog sie alle ihre Garnisonen aus Sicilien, die Festung Messina allein ausgenommen, zurück, befahl, die von Messina aus gegen Garibaldi vorgeschobenen Truppenkörper einzuziehen und ertheilte dem Commandanten von Messina Vollmachten, selbst die Stadt zu räumen, nur die Festung besetzt zu halten und zu diesem Ende hin mit Garibaldi eine Militärconvention abzuschließen. Sie zeigte diese Maßregeln, jeden Conflict zu vermeiden, den Mächten am 21. Juli an mit dem Beifügen, „sie sei sehr geneigt, den Sicilianern das Recht zu verstaten, ihre Wünsche frei zu äußern. Zu diesem Behufe möge aber auch Garibaldi mit seinen Freiwilligen die Insel räumen. Um ihre Wünsche äußern zu können, solle die Insel zu ihrem historischen Recht, d. h. zur Constitution von 1812 zurückkehren; es solle sich ein Parlament bilden und dieses Parlament möge dann der königlichen Regierung die Wünsche des Volkes kund thun“. Dazu war es zu spät; Sicilien war für Neapel verloren. Dagegen ließen Frankreich und England wenigstens ihre guten Dienste beim Könige Viktor Emanuel eintreten, daß er, wo immer möglich, Garibaldi abhalte, die Meerenge zu überschreiten und das Festland anzugreifen. Viktor Emanuel richtete einen eigenhändigen Brief an Garibaldi und übersandte ihm denselben durch einen seiner Ordonnanzoffiziere, aber die Antwort lautete: „Erlauben mir Ew. Maj. diesmal nicht zu gehorchen“. Nun war Frankreich geneigt, noch einen Schritt weiter zu gehen. Am 25. Juli erklärte die französische Regierung der englischen, sie erblicke in den süditalienischen Ereignissen bedenkliche Gefahren; Garibaldi werde in Neapel erwartet und schon bereite der dortige Hof alles zur Flucht nach Gaeta vor. „Sollten Frankreich und England ruhig zusehen, ohne etwas zu thun, um den Lauf der Ereignisse zu modificiren, die dem europäischen Gleichgewicht den schwersten Schlag drohen? Sollen sie es dulden, daß ein Land, mit dem sie bisher die üblichen Beziehungen gepflogen haben, von einem aus revolutionären Elementen und Ausländern bestehenden Heere überfallen



werde?“ Allein die englische Regierung, obgleich sie nicht lange vorher ihre entschiedene Ueberzeugung ausgesprochen hatte, daß Italien durch zwei constitutionelle Königreiche stärker sein würde, als wenn es ein einheitliches Reich bilde, lehnte diesen Antrag von der Hand, indem sie antwortete: „Es liege bisher kein Grund vor, daß die beiden Mächte das angenommene Princip der Nichtintervention aufgeben sollten. Garibaldi allein sei nicht stark genug, den neapolitanischen Thron zu stürzen. Besitze der König die Zuneigung des Heeres, der Flotte, der Bevölkerung, so werde jener geschlagen werden. Woferne aber diese geneigt seien, Garibaldi als willkommenen Gast aufzunehmen, so wäre die Dazwischenkunft Frankreichs und Englands eine Einmischung in die innern Angelegenheiten Neapels. Wollte Frankreich allein interveniren, so würde England es mißbilligen und dagegen protestiren“. So fand auch Frankreich für gut, den Dingen ihren Lauf zu lassen und Garibaldi zog in Neapel ein.

Auch Neapel war indeß nicht das Ziel oder die Gränze, die sich Garibaldi gesteckt hatte. Er war entschlossen, dem verrotteten weltlichen Regimente des Papstes ein Ende zu machen und die Annexion von Sicilien und Neapel mit dem übrigen Italien unter Viktor Emanuel in Rom, der natürlichen Hauptstadt Italiens, „vom Quirinal aus“ zu verkünden, sollte er dort auch mit den Franzosen zusammenstoßen, die daselbst den Papst, man weiß nicht, beschützten oder bewachten. Und es läßt sich nicht läugnen, Umbrien, die Marken, ja selbst die Stadt Rom sahen mit Ungeduld dem Augenblick entgegen, wo auch für sie die Gelegenheit sich darbiete, frei von der geistlichen Herrschaft „in den Schooß der gemeinsamen italienischen Familie aufgenommen zu werden“.

Der Kaiser der Franzosen war mit Beziehung auf Rom jedenfalls in einer schwierigen Lage. Zwar sah er die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes von Anfang und fortwährend auch als eine rein weltliche Frage an, die, wie jede andere den wechselnden Phasen der politischen Entwicklung unterworfen gewesen sei und noch sei und während der Papst die Interessen seiner weltlichen Herrschaft mit den ewigen, unveränderlichen der Kirche identificirte, verlangte die französische Regierung fortwährend, daß er doch „aus den religiösen Regionen, mit denen die Frage nichts zu thun habe, herabsteigen und die weltlichen Interessen berücksichtigen möge, um die es sich allein handle“. Es läßt sich indeß nicht läugnen, daß eine Lösung der römischen Frage ganz besondere Schwierigkeiten darbot, daß der Kirchenstaat eine durchaus exceptionelle Stellung einnahm und ganz

besondere Rücksichten verlangte. Zwar ging die französische Regierung auch hier entschieden von der Ueberzeugung aus, daß der Pabst sich zu administrativen und politischen Reformen herbeilassen müsse, wenn er die abgefallenen Provinzen wieder gewinnen, die ihm noch gebliebenen sich erhalten wolle und suchte in diesem Sinne auf die päpstliche Regierung einzuwirken; allein ihre Bemühungen waren vergeblich, weil der Pabst erstlich nur zu sehr beschränkten Reformen die Hand bieten und zweitens selbst diese nur unter der Bedingung zugestehen wollte, daß ihm die abgefallenen Provinzen vorher wieder unterworfen würden. Ja am 3. März glaubte der französische Gesandte seine Regierung versichern zu können: „Der Pabst wird nie etwas billigen oder anerkennen außerhalb der völligen Herstellung der Sachlage vor dem Kriege in seinen Staaten und in den Herzogthümern“. Inzwischen hatte der Pabst durch zahlreiche Werbungen in aller Herren Länder seine Armee auf einen ziemlichen Fuß gebracht und wenn er sich auch noch nicht stark genug fühlte, seine Staaten, selbst reduziert, wie sie durch den Verlust der Legationen waren, gänzlich mit seinen eigenen Truppen in Ordnung zu halten, so wünschte er doch offenbar des französischen Schutzes los zu werden. Er sprach daher gegen Frankreich den Wunsch aus, Rom mit seinen eigenen Truppen zu bewachen, wenn der König von Neapel Ancona und die Marken besetzt halten wolle, ein Vorschlag, gegen den Sardinien damals nichts einwendete, der aber daran scheiterte, daß der König von Neapel seine Mitwirkung ablehnte. Indes fuhr der Pabst fort, großen Eifer für die Reorganisation seiner Armee zu verwenden und nachdem Unterhandlungen mit dem österreichischen General Mayerhofer zu keinem Ziele geführt hatten, gelang es ihm durch Mgr. de Merode den General Lamoriciere als Oberbefehlshaber zu gewinnen. Der Kaiser der Franzosen scheint damals, im April, in der That ernstlich daran gedacht zu haben, seine Truppen aus Rom zurückzuziehen und hatte sich zu diesem Ende hin folgendes System für die Zukunft des päpstlichen Stuhles ausgedacht, das er sowohl dem österreichischen Cabinet als dem römischen Hofe vorschlug: der Pabst verzichtet auf die bereits von ihm abgefallenen Provinzen entweder gänzlich oder er behält doch nur die Souveränität, während der König von Sardinien das Vikariat ausübt; die dem Pabste noch gebliebenen Provinzen werden der Garantie der Mächte unterstellt; die bisherige Besatzung Roms durch französische Truppen wird ersetzt durch Truppen der katholischen Mächte außer Frankreich und Oesterreich; jährliche Subsidien der Mächte sollen den Pabst für die verlorenen Provinzen entschädigen. Der Pabst ver-



warf alle diese Vorschläge ohne Ausnahme und wollte von nichts anderem wissen als von einer Wiederherstellung des ganzen früheren Zustandes, was dagegen Frankreich seinerseits für etwas vollkommen Unmögliches erachtete. Die Verhandlungen über einen möglichen Abzug der französischen Truppen zogen sich indeß noch einige Zeit hin, bis die Frage liegen blieb. Am 28. August benachrichtigte die französische Regierung ihren Gesandten, daß „die französischen Truppen, so lange sich der Pabst in Rom befände, der Autorität des h. -Stuhls daselbst Achtung verschaffen würden“.

Durch die Ereignisse in Süditalien hatte sich die Sachlage total verändert. In Folge derselben drohten dem Pabst neue Gefahren vom Süden und vom Norden her. Garibaldi hatte Sicilien und Neapel erobert, in der ausgesprochenen Absicht, dieselben mit der constitutionellen Monarchie Viktor Emanuels zu vereinigen, dieser aber konnte dieselben nicht wohl annehmen, ohne die Marken und Umbrien, die dazwischen lagen, dem Pabste auch noch zu entreißen und so die Verbindung herzustellen, ferner hatte Garibaldi laut und wiederholt seine Absicht verkündet, sobald er mit Neapel fertig sei, Rom anzugreifen und der weltlichen Priesterschaft ein Ende zu machen, auch auf die Gefahr hin, bei diesem Unternehmen mit den französischen Truppen zusammenstoßen, was hinwieder der König von Sardinien um jeden Preis verhüten mußte, wenn er nicht alles bis jetzt Gewonnene unbedachtsam aufs Spiel setzen lassen wollte. Die Lage der Dinge war um die Mitte Augusts auf einen Punkt gediehen, daß ein Entschluß gefaßt werden mußte, wenn nicht alles dem Zufall überlassen werden wollte. Da verständigte sich — so wird wenigstens behauptet — Viktor Emanuel mit Napoleon durch die HH. Farini und Cialdini, die den Kaiser auf seiner Reise nach Savoyen den 28. August in Chambery begrüßten: Viktor Emanuel solle freie Hand haben, die Marken und Umbrien mit seinem Reiche zu vereinen und mit seiner Armee in Neapel einzurücken, um daselbst statt der revolutionären Dictatur Garibaldis ein geordnetes monarchisches Regiment einzurichten, wenn er nur Rom selbst und das sog. Patrimonium Petri, das die Franzosen besetzt halten würden, unangetastet lasse.

Die Vorbereitungen wurden sofort getroffen und das Unternehmen ins Werk gesetzt. Schon am 2. September wurden zwei sardinische Armeecorps an den Gränzen des Kirchenstaats unter dem Befehl des Kriegsministers General Fanti zusammengezogen und am gleichen Tage wurden in Genua Truppen und Belagerungsgeschütz, gegen Ancona bestimmt, eingeschifft. Wenige Tage darauf brachen, ohne durch neue Thatsachen ver-



anlaßt zu sein, Insurrectionen in Pesaro, Montefeltro, Sinigaglia und Urbino aus: es wurden provisorische Regierungen eingesetzt und beschloffen, den Schutz des Königs Viktor Emanuel anzusuchen. Schon am 9. Sept. erklärte der sardinische Obergeneral dem General Lamoriciere, er werde seine Truppen in den Kirchenstaat einrücken lassen, wenn jener nicht allen päpstlichen Städten gestatte, den Volkswillen völlig ungehindert an den Tag zu legen. Erst am 10. September langten die Deputationen aus den Marken und Umbrien in Turin an. Am 11. empfing der König dieselben, versprach ihnen seinen Schutz und befahl seinen Truppen durch Proclamation in den Kirchenstaat einzurücken, nachdem sein Bevollmächtigter, Conte della Minerva, am gleichen Tage dem römischen Hofe ein Ultimatum zugestellt hatte, das von diesem sofort „mit Entrüstung“ abgelehnt worden war.

Noch am 11. September rückte die sardinische Armee auf zwei Straßen in den Kirchenstaat ein; General Fanti besetzte Umbrien, General Gialdini rückte in den Marken vor. Von eigentlichem Widerstand war keine Rede. Am 17. September besetzte Gialdini die festen Stellungen von Torre di Bessi, Osimo und Castelfidardo und schnitt den päpstlichen Oberanführer von Ancona ab. Da erst brach General Lamoriciere von Macerata auf und griff den 18. Sept. Gialdini trotz der Uebermacht bei Castelfidardo an. Die Schlacht war kurz, aber von beiden Seiten wurde mit Tapferkeit gefochten: der päpstliche General Pimodan fiel an der Spitze seiner Truppen, diese wurden geschlagen und theils zersprengt, theils gefangen; General Lamoriciere selbst gelangte nur mit wenigen Begleitern durch die Engpässe nach Ancona. Kein päpstliches Corps hielt mehr das freie Feld. Am selben Tage schon war der sardinische Admiral Persano mit der Flotte vor Ancona angelangt: Gialdini rückte am folgenden Tage nach und Ancona wurde vom 19. an zu Wasser und zu Lande belagert. Schon 10 Tage nachher, am 29. Sept., ergab sich die Stadt, nachdem hauptsächlich die Flotte alle ihre Befestigungswerke gegen das Meer zerstört hatte: Lamoriciere und die ganze Besatzung fielen in Kriegsgefangenschaft.

Bevor noch Ancona gefallen, überschritt der General Gialdini aus den Marken kommend bei Ascoli die neapolitanische Gränze und rückte in Teramo ein. Am 29. Sept. ging der König Viktor Emanuel von Turin nach Mittelitalien ab, am 4. Okt. übernahm er in Ancona den Oberbefehl über seine Truppen, am 9. erließ er ein Manifest, in dem er Europa den ganzen bisherigen Gang der italienischen Dinge darlegte und zu rechtfertigen suchte. „Vielleicht — so schloß er — wird meine Politik in



Europa dazu dienen, den Fortschritt der Völker mit der Stabilität der Regierungen zu versöhnen. In Italien, das weiß ich, schließe ich die Aera der Revolutionen". Am 17. Oktober stieß die Vorhut der italienischen Armee zuerst mit einer Division der k. neapolitanischen Armee in Isernia zusammen, am 26. Okt. griff die sardinische Armee unter dem Befehle des Königs selbst die Neapolitaner zwischen Teano und Sessa an und zwang sie, sich nach Sessa zurückzuziehen: am 27. zogen sich die Neapolitaner hinter den Garigliano zurück. Am 2. Nov. ergab sich Capua an die Piemontesen; am 3. Nov. griff Viktor Emanuel von der Flotte unterstützt die Neapolitaner auch jenseits des Garigliano an und zwang sie sich in die Festung Gaeta einzuschließen. Da indeß die Festung unmöglich die ganze neapolitanische Armee aufnehmen konnte, so wurde der größere Theil, bei 25,000 Mann mit 36 Kanonen ausgeschlossen und trat auf römisches Gebiet über, wo sie später entwaffnet wurden und sich auflösten. Gaeta war der letzte kleine Fleck, der Franz II. von seinem ganzen schönen Königreiche übrig geblieben war und der nicht anders als durch eine regelmäßige Belagerung genommen werden konnte, was Monate anstehen mochte, der aber ohne fremde Hülfe fallen mußte. Viktor Emanuel zog daher am 7. Nov. feierlich in Neapel ein.

Als zwei Monate vorher, den 7. Sept., Garibaldi in Neapel erschienen war, sagte er zu der um ihn versammelten Menschenmasse: „Ich komme allein unter euch, ich will euch nicht erobern, sondern die Hand reichen. Jetzt vereint, können wir alles wagen und unser Geschick erfüllen. Wir verlangen Nichts von Anderen, aber wir wollen unser Italien und Italien wird unser werden". Am folgenden Tage wandte er sich durch eine Proklamation an das neapolitanische Heer: „Wenn ihr euch Garibaldis nicht als Waffengefährten schämt, so wünscht er nur, an eurer Seite die Feinde des Vaterlandes zu bekämpfen. Weg mit unserer Zwietracht, die unser Unheil seit Jahrhunderten war. Ich verheiße euch nichts anderes als daß ich euch in den Kampf führen werde". Allein gerade in dieser Hoffnung täuschte er sich: er hatte gehofft, die neapolitanische Armee, die sich ja nirgends geschlagen, würde, organisirt wie sie war, zur Nationalsache übertreten und ihm die Mittel bieten, sofort in der ersten Kraft des nationalen Enthusiasmus Rom zu überwältigen und Venetien zu erobern; doch die neapolitanische Armee hatte sich theils vollständig aufgelöst, theils war sie dem König nach Gaeta gefolgt. So blieb Garibaldi im Wesentlichen nur seine Armee von Freiwilligen, die 25,000 Mann kaum übersteigen mochte. Am 20. Sept. begann er nichts



desto weniger den Angriff auf die Volturnolinie, welche die Königl. Besatzung hielt, die ihn am 1. Okt. unter dem Befehle des Königs selbst mit großem Nachdruck angriffen und sich der lauten Hoffnung hingaben, ihn zu überwältigen und siegreich in die Hauptstadt zurückzuführen: doch behauptete Garibaldi, wenn auch nur mit Mühe und nach heftigem Kampfe auf der ganzen Linie seine Stellung und begann am 8. die förmliche Belagerung Capuas. Er mußte sich indeß selbst sagen, daß er mit seinen Freiwilligen kaum im Stande sein würde, die ihm an Zahl überlegene königl. Armee zu überwinden und noch weniger die beiden Festungen Capua und Gaeta, die nur durch regelrechte Belagerung eingenommen werden konnten, wozu ihm die Mittel vollends fehlten. Dazu bedurfte er der Hilfe der sardinischen Armee, die übrigens unter dem Befehle des Königs selbst bereits im Anzuge war. Seine Stellung zu Sardinien und zur sardinischen Regierung war jedoch wie früher in Sicilien so nun auch in Neapel eine schwierige und gespannte geworden. Unter dem Ruf „Italien und Viktor Emanuel“ hatte er das bisherige Regiment in Sicilien und Neapel gestürzt, er erkannte, daß Italien nur mit Hilfe und im Anschluß an das constitutionell regierte aber entschieden monarchisch organisirte und monarchisch gesinnte Sardinien einig und frei nach Außen wie im Innern werden könne, er sah in Viktor Emanuel den von der Vorsehung Italien gesandten „Befreier“, ein geheimes Zug des Herzens, eine gewisse Verwandtschaft der Natur zog ihn überdies persönlich zu dem Könige hin: aber mit der Regierung des Grafen Cavour konnte er sich nicht vertragen; das durchtriebene, schlaue, gewandte, selbst verschlagene Wesen des allmächtigen Ministers, der die realen Verhältnisse nie aus den Augen verlor, der immer je nach den Umständen klug war und nachzugeben wußte und alle Mittel der Diplomatie in Bewegung setzte und zu benützen verstand, um seine Zwecke zu erreichen, war ihm zuwider; er konnte ihm nicht verzeihen, daß er nicht bloß das französische Savoyen, sondern auch Nizza, das italienische Nizza, die Vaterstadt Garibaldis, dem Franzosenkaiser überlassen hatte; Garibaldi war überdies in republikanischen Ideen gewissermaßen aufgewachsen, geächtet und verbannt war er vom Schicksal in republikanische Verhältnisse und in Umgebung von Männern geworfen worden, deren Ideal die Republik war; in gewissen Beziehungen von einem durchaus biegsamen Charakter, neigte er sich Mazzini und dessen Anhängern zu, bei denen er für seine weitsehenden, oft sehr idealen fast phantastischen Pläne überdies eher Anklang fand, als bei den nüchternen, strengen, fast starren Piemontesen. So kam es denn,



daß schon in Sicilien der mazzinistisch gesinnte Crispi einen überwiegenden Einfluß auf ihn gewann und ihn, neben andern Verhältnissen, in einen Gegensatz gegen die sardinische Regierung brachte. In Neapel war das noch in verstärktem Maße der Fall; die Mazzinianer hatten in seiner Umgebung entschieden das Uebergewicht und ihre Häupter hatten sich alle in Neapel zusammen gefunden. Von ihnen gedrängt, geleitet, sprach Garibaldi laut seine Abneigung, sein Mißtrauen gegen Cavour und die sardinische Regierung aus. Sein nächstes Ziel war zudem Rom, während Cavour um jeden Preis den dann unvermeidlichen Zusammenstoß mit den Franzosen vermeiden wollte und als Gegengewicht gegen Garibaldi von dem am 2. Okt. in Turin zusammengetretenen Parlamente ein Vertrauensvotum begehrte, das ihm auch am 11. d. Mts. mit der imposanten Mehrheit von 290 gegen bloß 6 Stimmen gegeben wurde. Der König selbst, so scheint es, mußte dazwischen treten und von Garibaldi verlangen, daß er die dictatoriale Gewalt nach seiner Ankunft in Neapel in seine Hände lege und damit auf seinen Plan gegen Rom vorerst verzichte. Garibaldi soll mit den wenigen Worten erwidert haben: „Sire, ich gehorche“. Er that es auch. Am 30. Okt. ging er nach Sessa, wo Viktor Emanuel angelangt war, und begrüßte ihn als „König von Italien“. Am 7. Nov. zog er an der Seite des Königs in Neapel ein und legte die von ihm bisher geübte Gewalt in dessen Hände nieder; am 8. richtete er ein Schreiben an den König, in dem er ihn beschwor „seine Kampfgenossen in dem großen Werk der Befreiung Süditaliens, die sich um das Vaterland und um die Person des Königs so wohl verdient gemacht hätten, in seinen besonderen Schutz zu nehmen“ nahm öffentlich von diesem Abschied — „für wenige Tage! der März 1861 wird uns alle auf unserem Posten finden“ — und schiffte sich am folgenden Morgen nach seiner kleinen Besitzung auf der einsamen Insel Caprera ein. Er hatte jede Belohnung, jede Auszeichnung abgelehnt, selbst die wenigen Piaster, die er zur Ueberfahrt nach Caprera bedurfte, mußte er entlehnen; so wenig hatte er an sich selbst gedacht. Ein freies und einiges Italien zu erkämpfen, das war es, was seine Seele erfüllte, wonach er allein strebte, was ihm aber auch genügte. Ein großer Schritt dazu war geschehen: was noch übrig blieb, Rom und Venedig, hoffte er im Frühjahr mit zu erkämpfen. Die letzten Tage sollen ihm verbittert worden sein durch den Hochmuth, mit dem die piemontesischen Generale auf seine Freiwilligen herabsahen und durch die Rücksichtslosigkeit, mit der die Regierung des Grafen Cavour nach seinem Rücktritt mehrere seiner persönlichen



Gegner wie La Farina u. A. mit der Organisirung einer regelmäßigen Verwaltung in Sicilien und Neapel betraute. Wie man auch über ihn urtheilen mag und so wenig man verkennen kann, daß er mit seinem ganzen Unternehmen außerhalb des Kreises des Völkerrechts trat und daß er auch die Mittel zu demselben außerhalb der gesetzlichen Organe des Staats suchte und welches auch sein Ende sein mag, eben so wenig wird man sich der Anerkennung verschließen können, daß er von der reinsten hingebendsten Vaterlandsliebe geleitet wurde und eine Uneigennützigkeit und Bescheidenheit an den Tag legte, die ihn zum Idol seiner Nation machen und ihm die Achtung jedes edeln Gegners sichern muß.

Mit Staunen hatte Europa den Ereignissen in Italien zugeesehen, mit Interesse, aber auch mit Unruhe hatte es die verschiedenen Phasen der Entwicklung dieser italienischen Dinge verfolgt. Die öffentliche Meinung blieb fortwährend unter dem Eindrucke, den die gleich zu Anfange des Jahres an den Tag getretene Frage der Einverleibung von Savoyen und Nizza und die trotz alles Widerspruchs vollendete Thatsache dieser Einverleibung überall hervorgerufen hatte. Ein allgemeines Mißtrauen gegen Frankreich griff mehr und mehr Platz. Die „natürlichen Gränzen“ an den Alpen führten nothwendig zu der Besorgniß, daß der Erbe Napoleons, nachdem es ihm gelungen, der durch den Wiener Congreß gegründeten Ordnung der Dinge in Europa einen tödtlichen Schlag zu versetzen und alle bisherigen Verhältnisse des europäischen Staatensystems in ihren Grundlagen zu erschüttern, vor allem aus seine Augen auf den Rhein als die andere „natürliche Gränze“ Frankreichs gerichtet haben dürfte. Deutschland, die Schweiz, Belgien, Holland fühlten sich bedroht, England selbst fühlte sich keineswegs sicher und suchte sich gegen alle Eventualitäten zu wahren.

Durch den Verlust des bisher neutralisirten Nordsavoyens war die Schweiz gekränkt und in den Mitteln ihrer Selbstvertheidigung beeinträchtigt. Die Neutralität schien zur Illusion herabgesunken. Die Simplonstrafe war, so schien es, ohne schützenden Damm einer einbrechenden französischen Armee Preis gegeben, Genf und vielleicht noch mehr bedroht. Einen Augenblick hatte es daher auch den Anschein, als ob die Schweiz bereit und entschlossen sei, für ihre Sicherheit zu den Waffen zu greifen. Die Mehrheit der Schweizer Räte wollte aber doch nicht so weit gehen, es wurden dem Bundesrath, der bereits entscheidende Schritte eingeleitet hatte, die Hände gebunden und beschlossen, die Frage vorerst nur auf dem diplomatischen Felde weiter zu verfolgen. Alle Mächte



zeigten sich den Begehren der Schweiz geneigt, aber keine glaubte in der Lage zu sein oder hielt den Moment für geeignet, etwas für sie zu thun: der von ihr verlangte Congreß kam nicht zu Stande. Dagegen weigerte sie sich standhaft, die Differenz mit Frankreich allein zu erledigen: sie zog es vor, die Frage rechtlich unentschieden zu lassen und sich ihre Ansprüche ungeschmälert vorzubehalten. Unterdeß blieb das beschämende Gefühl, getäuscht worden zu sein und eine tiefe Abneigung, ein ziemlich allgemeines Mißtrauen gegen Frankreich. Am tiefsten wurzelte es natürlich in Genf und als im Juni das Genferschützenfest in Carouge gefeiert wurde, gab ihm der Staatsrath Carteret energischen Ausdruck, indem er bei dem solennen Bankett sich also vernehmen ließ: „Diejenigen, welche heute unsere Freiheit bedrohen, wagen es, sich unsere Freunde zu nennen; allein wir kennen sie und werden ihren Verlockungen kein Gehör schenken. Genf wird sich trotz seiner Schwäche zu vertheidigen wissen und sollte man irgendwo von einer Annexion träumen, so würde man hier nur Leichen und Trümmerhaufen annexiren. Die Schweiz kann auf uns zählen, wie wir auf sie zählen. Verwandelt, ihr eidgenössischen Brüder, wenn es sein muß, unser blühendes Genf, das wir so sehr verschönert haben, in Ruinen; möge es lieber ein Trümmerhaufen sein als französisch!“ Allerlei Konflikte mit Frankreich in Genf, in Waadt, in Wallis zeigten die aufgeregte Stimmung. Gegen Ende Novembers fand die Integralerneuerung der Rätthe statt. Die unbedingte Friedenspartei, die durch ihre Führer bisher die Rätthe beherrscht hatte, machte wenigstens keine Fortschritte. Die Gegenpartei siegte in den Wahlen der Bureaux, unterlag dagegen bei der Erneuerungswahl der Mitglieder des Bundesrathes, die, trotz der Antecedentien Einzelner, mit richtigem Takt alle wieder gewählt wurden. Die weiteren Beschlüsse der Rätthe bewiesen, daß die Schweiz für alle Fälle bereit sein will, indem sehr erhebliche Militärkredite ohne Widerspruch bewilligt wurden.

Auch Belgien wurde durch die Annexion von Savoyen und Nizza und durch die neuerwachten Gelüste der Franzosen nach der Rheingränze aufgeschreckt. Auch Belgien wollte nicht annexirt werden. Schon am 17. Juni fand daher eine große von Abgeordneten aus den flämischen und aus den wallonischen Landestheilen beschickte Volksversammlung in Brüssel statt, welche einstimmig beschloß, eine große Verbindung der belgischen Patrioten zu gründen, die sich über das ganze Land verbreiten und in allen Gemeinden Zweigvereine gründen sollte. Der Zweck der Verbindung wurde deutlich genug durch den ersten Artikel des mit En-



thusiasmus angenommenen Programms bezeichnet: „die belgischen Patrioten verpflichten sich, auf dem Wege der Ueberredung oder des Zwangs mit Hintansetzung von Gut und Blut die belgische Unabhängigkeit und Nationalität zu vertheidigen“. Bald zeigte sich eine weitere Gelegenheit für die Belgier, ihre Gefühle für nationale Unabhängigkeit an den Tag zu legen. Am 21. Juli sollte der Jahrestag der Thronbesteigung des greisen Königs Leopold gefeiert werden. Alle Provinzialräthe beschloffen dem Könige bei dieser Gelegenheit ihre Ergebenheit wie ihre Anhänglichkeit an das freie Belgien durch Adressen auszudrücken. Auch der Provinzialrath von Antwerpen that es und bei der Berathung schloß der Antragsteller mit den Worten: „Vieher mögen unsere Städte in Grund und Boden zerstört und Belgien eine Wüste werden, als annexirt“. Der 21. Juli wurde glänzender, begeisterter als nie gefeiert: es war gewissermaßen eine große Demonstration des Landes gegen allfällige Annexionsgelüste Frankreichs.

Weniger ausgefetzt war Holland. Aber auch Holland war von der Gefahr, die von Frankreich her drohte, durchdrungen und legte seine Ueberzeugung nicht minder bezeichnend an den Tag: es näherte sich Belgien und söhnte sich mit demselben Angesichts der gemeinsamen Gefahr gewissermaßen aus. Bei Gelegenheit des 21. Juli äußerte die ganze holländische Presse warme Sympathie für Belgien und König Leopold, und als am 10. Aug. der König von Holland mit dem König der Belgier in Wiesbaden zusammentraf, soll der erstere den letzteren versichert haben „auch jede Spur von Mißstimmung oder Antipathie wegen der Vergangenheit sei aus seinem Herzen verschwunden; er wünsche und hoffe, daß in Zukunft die beiden Brüderstaaten ächt brüderlich mit einander verkehren und in der Stunde der Gefahr männlich und aufrichtig zusammenstehen würden“. Auch Holland vergaß nicht, sich bei Zeiten zu rüsten: in der Thronrede, mit der der König am 17. Sept. die Generalstaaten eröffnete, sagte er, es habe sich das Bedürfniß fühlbar gemacht, über die Wehrpflicht der Einwohner zu Behauptung der Unabhängigkeit des Staats neue Gesetzesbestimmungen zu erlassen und kündigte denselben die diesfälligen Vorlagen an.

Allen übrigen Landen aber ging in dieser Beziehung England voran. Nicht erst seit der Annexion von Savoyen, schon seit Louis Napoleon in Frankreich zur Gewalt gekommen war, hatte sich des englischen Volkes ein reges Mißtrauen gegen den Nachbar jenseits des Kanals bemächtigt, trotz der Allianz, die nicht auf gegenseitiger Zuneigung, sondern

lediglich auf übereinstimmenden Interessen beruht. Wie man in Deutschland die imperialistischen Gelüste nach der Rheingränze fürchtete, so fürchtete man in England die imperialistische Idee einer Landung, die vermittelst der Dampfboote ganz und gar keine Unmöglichkeit, an sich nicht einmal mehr eine Schwierigkeit ist. England besitzt eine mächtige Flotte, aber es besitzt ein verhältnißmäßig nur sehr schwaches Landheer und da nach englischen Anschauungen kein Mensch daran denken konnte, dieses zu vermehren, so blieb nichts anderes übrig, als neuerdings die Idee aufzugreifen, das Volk, die Bürger selbst zu bewaffnen, zu organisiren, in den Waffen zu üben. Das war geschehen, überall hatten sich Freiwillige gebildet, schon in den letzten Jahren. Am 23. Juni dieses Jahres aber hielt nun unter dem Zusammenströmen einer ungeheuren Volksmasse und unter dem Applaus der ganzen Nation die Königin in London eine Revue über 20,000 freiwillige Schützen und am 7. August wiederholte sich dasselbe Schauspiel in Edinburg. Ein für diese Freiwilligen nach Art der großen schweizerischen organisirtes Schützenfest in Wimbledon wurde ebenfalls von der Königin selbst inaugurirt. Zugleich sorgte aber die englische Regierung für eine ausgedehnte Befestigung der Küsten und forderte zu diesem Behuf vom Parlament die Summe von 11 Mill. Pfd., die dasselbe auch ohne Widerrede bewilligte. Lord Palmerston, dem man früher eine weitgehende Willfährigkeit gegen den Kaiser Napoleon vorgeworfen hatte, äußerte bei dieser Gelegenheit: „Die nächste Gefahr kommt uns von unserem mächtigen Nachbar, dem Kaiser der Franzosen. England hat nicht Unrecht, wenn es sich gegen eine plötzliche Invasion vorsieht. Niemand wird zwar daran denken, England bleibend zu besetzen, schwerlich auch jemand, die Hauptstadt anzugreifen. Aber ich gestehe, daß ich glaube, das einzige, was man versuchen dürfte, wäre die Zerstörung unserer Arsenale und wenn diese gelänge, so wären wir in der Gewalt Frankreichs und von ihm abhängig“.

Auch in Italien und hier allerdings mit dem nächsten Recht machte sich nach der Abtretung von Savoyen und Nizza, die Besorgniß weiterer Ansprüche Frankreichs geltend, so daß sich Graf Cavour genöthigt sah, das Parlament am 5. Okt. durch die Erklärung zu beruhigen, „daß weder in einer öffentlichen noch in einer Privaturkunde, noch in einer Unterhandlung, noch in einer Unterredung, selbst nur in einer familiären, von irgend einer fremden Macht je Zumuthungen oder Begehren gestellt worden seien, welche die Abtretung auch nur eines Zoll breit italienischen Gebietes zum Gegenstand gehabt hätten“, und am 11. Okt. fügte er hinzu: „Wenn die neuen Annerxionen (Sicilien, Neapel, Umbrien und die Marken) vollbracht sein werden, so muß jede

Gebietsabtretung unmöglich sein. Niemand kann von einem Volke von 24 Mill. Seelen eine Gebietsabtretung verlangen“.

Vor allen bedroht schien Deutschland und fühlte sich bedroht nicht nur durch die neu erwachten Gelüste der Franzosen nach der Rheingränze, sondern ebenso sehr, ja fast noch mehr durch das tiefe Gefühl, daß Deutschland in seiner jetzigen Organisation als Gesamtheit trotz seiner gewaltigen militärischen Mittel einem Angriffe des Kaisers der Franzosen, der die ganze Macht seines Reiches in seiner Hand concentrirt halte und zudem mit überlegener Geisteskraft zu leiten wisse, oder gar einer Allianz Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland offenbar nicht gewachsen sein würde. Als die revolutionäre Bewegung des Jahrs 1848 in sich zusammengeürzt war und die Reaction sich wie in Frankreich, wie in Italien, wie in Oesterreich, so auch in Deutschland auf den Trümmern wieder festgesetzt hatte, war auch der alte Bundestag in Frankfurt wieder hergestellt worden. Allein dieses Band, das viel zu locker ist, das für ein übereinstimmendes, einmüthiges Handeln im Momente der Gefahr keinerlei Gewähr bietet, das der Nation als Gesamtheit nach Außen keinerlei Machteinfluß gewährt und derselben im Innern keinerlei Bethheiligung durch frei gewählte Vertreter an der Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten gestattet, konnte sie unmöglich befriedigen. Die deutsche Nation nahm daher die Wiederherstellung des Bundestages hin, aber — das darf man wohl als Thatfache hinstellen — in ihrer weit überwiegenden Mehrheit nicht als etwas Definitives, sondern lediglich als etwas Vorübergehendes, als etwas Vorläufiges, das durch eine andere zugleich stärkere und volksthümlische Organisation in Folge freier Vereinbarung zwischen Fürsten und Völkern friedlich ersetzt werden müsse, oder das, wofern dies nicht der Fall sei, unfehlbar den Ereignissen, die sich in Europa vorzubereiten schienen, nicht Stand zu halten vermöge und unausweichlich, wenn auch nicht sofort, doch bald in Trümmer gehen müsse. Dieser Ueberzeugung der Nation, die — von allen mannigfaltigen Bestrebungen und Versuchen, Vorschlägen und Plänen ganz abgesehen — allgemein in dem vielfach an den Tag getretenen Verlangen nach „Schaffung einer starken Centralgewalt mit Volksvertretung“ ihren Ausdruck fand, zeigten die Fürsten nur wenig Neigung entgegenzukommen, klammerten sich an das Bestehende und suchten den Bundestag, so lange es gehen mochte und gehen mag, aufrecht zu erhalten. Und in der That ließ sich, wenn man die innern Schwierigkeiten und Gebrechen, die allen bisher gemachten Vorschlägen anhafteten, wenn man namentlich den Dualismus der durch die Stellung von Oesterreich und Preußen im Bunde und den

Umstand, daß dieser Dualismus an dem Gegensatz zwischen norddeutschem und süddeutschem Charakter, zwischen Katholicismus und Protestantismus einen nicht zu verkennenden und schwer zu überwindenden Rückhalt findet, ins Auge faßt, nicht verkennen, daß ohne zwingende Ereignisse jede Aenderung möglicher Weise noch in weiter Ferne lag. Dagegen unterließen die deutschen Fürsten nicht, gegen die Mitte des Jahres 1860 als die Idee einer drohenden Gefahr für Deutschland von Seite Frankreichs alle Gemüther ergriffen hatte, sich am 16. Juni, mit Ausnahme des Kaisers von Oesterreich, fast sämmtlich um den Prinzregenten von Preußen in Baden-Baden zu versammeln, um ihre Einmüthigkeit und ihren festen Entschluß, die Integrität Deutschlands zu wahren, feierlich zu bezeugen und gemeinsam die friedlichen Versicherungen des Kaisers Napoleon, der sich zu diesem Fürstentage selbst eingeladen hatte, entgegenzunehmen.

Welches nun auch der innerste Gedanke des Kaisers der Franzosen sein mag, ob er wirklich, wie er selbst sagt, sich für berufen hält, vor allem aus eine „Aera des Friedens“ zu inauguriren, oder ob er, wie namentlich in Deutschland geglaubt wird, den festen Gedanken nährt, die Rheingränze für das imperialistische Frankreich wiederherzustellen — ein Plan, für den alle seine bisherigen politischen Anzettelungen nur Vorbereitungen, nur einleitende Schritte wären — so viel ist sicher, daß er um die Mitte des vorigen Jahres alles mögliche that, um die durch die Annexion von Savoyen und Nizza und allerlei Aeußerungen der officiösen Pariser Blätter aufgeregten Gemüther der Deutschen über seine durchaus friedlichen Absichten zu beruhigen. So mußte der Moniteur am 1. Juni erklären, daß man nur böswilliger Weise „der französischen Regierung die Absicht unterschieben könne, als wolle sie neue Verwickelungen in Europa hervorrufen oder entstehen lassen, um Gelegenheit zu neuen Vergrößerungen zu bekommen. Des Kaisers einziger Zweck sei, im Frieden mit den Souveränen, seinen Allirten, zu leben und alle seine Sorgfalt auf die thätige Entwicklung der Hülfquellen Frankreichs zu verwenden“. Als die deutschen Fürsten sich am 16. Juni in Baden-Baden um den Prinzregenten von Preußen sammelten und der Kaiser sich fast mit Gewalt dazu einlub, erklärte der Moniteur: „Nichts geringeres sei nothwendig gewesen, als der freiwillige Entschluß zu einem so bedeutungsvollen Schritt, um das zusammenstimmende Concert übelwollender Gerüchte und falscher Beurtheilungen zum Schweigen zu bringen“. Ja nach den Debatten des englischen Parlaments über die Frage der Küstenvertheidigung und dem tiefen Miß-



trauen, dem Lord Palmerston in der Sitzung vom 23. Juli so energischen Ausdruck geliehen hatte, entschloß sich der Kaiser sogar dazu, dem „Mißtrauen, welches man seit dem italienischen Krieg allenthalben ausstreut“ durch einen offenen Brief an seinen Gesandten in London, Graf Persigny, entgegenzutreten und seine Politik als eine durchaus und überall gerade und friedliche gewissermaßen vor der öffentlichen Meinung selbst zu vertheidigen. Alle seine Bemühungen waren jedoch von keinem nachhaltigen Eindruck.

Was Deutschland dem Auslande und namentlich Frankreich gegenüber zunächst schwächte, war der Mangel eines guten Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen. Gewissermaßen als Ergänzung zu dem Fürstentage in Baden-Baden hatte sich der König von Bayern alle Mühe gegeben, eine persönliche Annäherung zwischen den Herrschern von Oesterreich und Preußen zu Stande zu bringen. Seine Bemühungen waren nicht ohne Erfolg. Am 26. Juli kamen beide in Teplitz zusammen. Die Resultate sind nicht authentisch bekannt. Eine feste Uebereinkunft irgend welcher Art wurde offenbar nicht abgeschlossen, weder mit Beziehung auf einzelne pendente, innere deutsche Fragen noch mit Beziehung auf die auswärtigen Verhältnisse. Das Resultat der Zusammenkunft beschränkte sich wesentlich auf die persönliche, freundliche Annäherung der beiden Herrscher. Doch scheint es, daß der Prinzregent dem Kaiser die Zusicherung gab, daß Preußen einem neuen Angriff Frankreichs in Italien nicht theilnahmslos zusehen würde, während der Kaiser seine Geneigtheit ausgesprochen haben soll, auch seine Länder durch Ertheilung verfassungsmäßiger Rechte zu befriedigen und dadurch die Macht Oesterreichs zu stärken.

Es war dazu die höchste Zeit. Oesterreich war am Rande des Abgrunds: der gewaltige Bau krachte in allen Fugen und drohte völlig auseinanderzugehen.

Nach der Auflösung des Reichstags von Kremier hatte der Kaiser am 4. März 1849 eine Reichsverfassung octroyirt. Allein nachdem Ungarn mit Hülfe der Russen niedergeworfen war und die Reaction überall in Europa die Oberhand gewonnen hatte, war auch diese Verfassung, wenige Monate nach dem Staatsstreiche vom 2. Dez. in Frankreich einfach widerrufen worden. Der Kaiser hatte von da an ganz absolut regiert.

Drei große Hierarchien waren damals geschaffen oder neugefaltet worden, um das Gebälke des Staatsgebäudes zu stützen und zu tragen. Alle drei schlugen fehl. Die an Ansehen und Bedeutung erste war die gesammte katholische Geistlichkeit Oesterreichs. Durch das Concordat mit

einer Machtvollkommenheit ausgerüstet, welche die kühnsten Forderungen des kanonischen Gesetzes verwirklichte, welche die Triumphe Gregor VII. und Innocenz III. über die weltliche Macht der deutschen Kaiser im 19. Jahrhundert erneuerte, war sie dazu bestimmt, den Geist der Demuth und Unterwürfigkeit im Kaiserreiche zu verbreiten, den obersten Principien der Regierung die kirchliche Weihe und gleichsam den Abglanz päpstlicher Unfehlbarkeit zu verleihen. Die zweite Hierarchie war die Bureaokratie. Von dem Centralitze der Regierung bis zu den äußersten Marken des Reichs, über alle Länder und Sprachgränzen, über alle Bildungsstufen und über alle Bedürfnisse hinweg, in jedem Zweige der Verwaltung und in jedem Theile der Justiz sollte Ein Geist alle Regierungsorgane durchdringen, Ein und derselbe Grundgedanke alle beleben: bei der gewissenhaftesten Achtung und Schonung aller Privatrechte, die vollkommenste Verläugnung und Nichtanerkennung irgend welcher öffentlicher Rechte der Völker, bei der strengsten Anerkennung des gleichen Rechtes Aller untereinander das kategorische Versagen jedes Rechts gegenüber der Regierung, bei dem consequentesten Bruch aller Gewöhnungen und Traditionen der Vergangenheit, die sich an den früheren Besitz politischer Rechte knüpften, das consequenteste Festhalten an denselben, wo sie die Heimlichkeit und Schriftlichkeit des Verwaltungs- und Justizverfahrens, den Mangel jeder Rede-, Preß- und Vereinigungsfreiheit zu ihrem Gegenstande hatten. Die dritte jener Hierarchieen war die Armee. In allen Waffengattungen reorganisirt und neu gegliedert, an Zahl in außerordentlichen Progressionen verstärkt, in ihrer Oberleitung concentrirt, immer in musterhafter Schlagfertigkeit und so zu sagen in Marschbereitschaft erhalten, von der Civilbevölkerung durch die Erinnerung der Revolutionsjahre, durch ihre selbständige Administration und Justiz, endlich durch die Dienstpflichten und ihr Reglement völlig abgetrennt und isolirt, hatte sie den starken Arm der absoluten Monarchie zu bilden, den Arm, der, wie es die Natur ihrer Stellung mit sich bringt, nie zögern durfte, wenn das Haupt befahl und stets die Ausführung verbürgte. In dreifacher Weise sollte so der Bestand und die Einheit des Staates gegründet und gefestigt, in dreifacher Weise die Gefahren der Revolution für alle Zeiten beseitigt werden: dreifach war in allen diesen Organen die Idee nationaler Selbständigkeit und die Idee politischer Freiheit durchbrochen. Und dennoch wankte das ganze Gebäude bei dem ersten Stoß, den ihm der italienische Krieg im Jahr 1859 versetzte. Der lombardische Klerus stand bei dem Feinde, der magyarische bei der nationalen Opposition; die Bureaokratie sah sich ohne Halt im Volke,



unfähig den Verlockungen von Außen her entgegen zu treten, ja den im Finstern schleichenden auch nur auf die Spur zu kommen; die Armee endlich war durch eine unselige Verpflegswirthschaft und durch jenen noch unseligern Nepotismus, der die Unfähigsten mit den höchsten Aufgaben betraute, bei aller ihrer mannhaften Tapferkeit gelähmt. Das ganze seit dem Jahre 1849 eingeführte und behauptete System war gerichtet, mit dem Friedensschlusse von Villafranca war auch sein Todesurtheil unterzeichnet\*).

Wirklich anerkannte die österreichische Regierung auch sofort in dem Friedensmanifeste vom 15. Juli 1859 öffentlich die gebieterische Nothwendigkeit, „nunmehr ihre ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Entwicklung der geistigen und materiellen Kräfte des Staats und zeitgemäßen Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung zu widmen“ und am 22. August desselben Jahres legte sie vor den Augen der durch den Friedensschluß und die Abtretung der Lombardei tief gedemüthigten Völker des Reichs die schweren Wunden bloß, welche „ererbte Uebelstände und ein Zusammentreffen ungünstiger Umstände“ ganz ebenso wie der unglückliche Feldzug dem Vaterlande geschlagen hätten. Der Kaiser Franz Joseph und seine Rathgeber hatten erkannt, daß Veränderungen, daß Reformen ganz unerläßlich geworden seien, aber sie erkannten erst nach und nach, daß mit dem ganzen bisherigen Systeme, das soeben eine schwere Niederlage erlitten und die so lange behauptete Herrschaft über Italien mit Einem Schlage verloren hatte, im Innern und nach Außen durchaus und für immer gebrochen werden müsse, wenn Thron und Reich erhalten werden sollten.

Schon die erste Maßregel, die ergriffen wurde, um die am meisten gefühlten Uebelstände zu heben, führte weiter als die Regierung dachte. Am tiefsten wohl war die öffentliche Meinung durch das Concordat mit Rom verletzt worden. Oesterreich hatte sich dadurch wie durch keinen andern Schritt Deutschland entfremdet und so die geringe Theilnahme in hohem Grade selbst verschuldet, die der überwiegend protestantische Norden im Frühjahr 1859 an der Bedrängniß des Kaiserstaates nahm. Um nun hierin den begangenen Fehler zu mildern, das Unrecht wenigstens einigermaßen auszugleichen, war am 1. Sept. 1859 ein kaiserliches Patent zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Protestanten in Ungarn erlassen worden. Die Bestimmungen des Patents waren in durchaus liberalem Geiste getroffen, auch hätten die Protestanten diesseits der Leitha gegen das Patent nicht das mindeste eingewendet. Allein nicht dasselbe war der

\*) Vgl. Oesterreichs Desorganisation und Reorganisation. Wien 1861.

Fall in Ungarn. Für die Ungarn wurde das Patent zur Gelegenheit und gleichsam zur ersten Handhabe, um ihre althergebrachten, ihnen seit dem Jahr 1849 genommenen Rechte und Freiheiten wieder zurückzuverlangen und dieses Streben der Ungarn, das sie seit der Zeit mit eben so viel Muth als Ausdauer und durch das festeste Zusammenhalten verfolgten, bis sie am Ende Schritt für Schritt ihr Ziel erreichten und durch das Patent vom 20. Okt. 1860 ihre ganze frühere Verfassung und Selbstregierung wieder errungen hatten, bildet den Kern und den Hebel der gesammten Entwicklung Oesterreichs seit dem Protestantenpatent vom 1. Sept. 1859 bis auf den heutigen Tag.

Es würde zu weit führen, den Gang der österreichischen Dinge im Einzelnen schildern zu wollen; es genügt, die Entwicklung seit dem Anfange des Jahres 1860 in ihren Hauptmomenten zu bezeichnen. Am 30. Jan. einigte sich eine von der kaiserlichen Regierung selbst nach Pesth zu Berathung eines Gemeindegesetzes einberufene Vertrauenscommission in dem Ausspruche, daß ein solches in angemessener Weise nur durch den Landtag in Angriff genommen werden könne und verlangte demgemäß von der Regierung die baldmöglichste Einberufung desselben. Am 5. Febr. erkannte die Regierung, daß sie durch Repressionsversuche und selbst gerichtliche Bestrafungen der aufgeregten Protestanten Ungarns nicht zum Ziele komme und beschloß mit den Führern der Bewegung über Modificationen des kaiserlichen Patentes in förmliche Unterhandlungen zu treten. Am 5. März setzte ein kaiserliches Patent einen verstärkten Reichsrath ein, um die Finanzlage des Staats und allgemeine Gesetzesvorlagen zu prüfen: doch behielt sich der Kaiser die Erlassung einer Geschäftsordnung selbst vor und gestand dem neuen Staatskörper eine Initiative für Gesetzesvorlagen nicht zu. Am 15. April ergab es sich, daß die Subscriptionen auf ein ausgeschriebenes neues Anlehen von 200 Millionen Gulden kaum die Summe von 75 Mill. Gulden erreicht hatten: man konnte sich nicht verhehlen, daß der Credit des Staates, so wie er war, fast als auf Null gesunken betrachtet werden mußte. Am 19. April wurde die Verfassung Ungarns wenigstens theilweise, immerhin noch zum geringsten Theile wiederhergestellt: An die Stelle des Erzherzogs Albrecht wurde der F. Z. M. Benedek, ein geborner Ungar, mit der Leitung der politischen Verwaltung und des Militärcommandos betraut, die 5 Statthaltereien wieder in Eine vereinigt und dem Lande Comitatsverwaltungen „nach Art der früheren Comitatscongregationen“ so wie die Einberufung des Landtags in Aussicht gestellt. Am 15. Mai wurde durch kaiserliches Handschreiben

den wesentlichen Beschwerden der ungarischen Protestanten entsprochen und weiteren Anträgen „gnädiges Gehör“ zum Voraus zugesichert, so wie eine allgemeine Amnestie erlassen. Am 31. Mai eröffnete der Erzherzog Rainer den verstärkten Reichsrath: die ungarischen Mitglieder erklärten zu Protokoll an den Berathungen nur unter Verwahrung der Rechte Ungarns Theil nehmen zu können. Am 19. Juli erweiterte der Kaiser die Rechte des verstärkten Reichsraths dahin, daß „in Zukunft die Einführung neuer Steuern und Auflagen, dann die Erhöhung bestehender Steuern, endlich die Aufnahme neuer Anlehen nur mit Zustimmung des verstärkten Reichsraths stattfinden solle“. Am 27. Sept. hatte der verstärkte Reichsrath seine Berathungen vollendet und schritt zur Entscheidung über sein Gutachten und seine Anträge an den Kaiser: einmüthig erklärte er, daß „eine gedeihliche Zukunft der Monarchie durch das jetzt bestehende System der inneren Organisation derselben weder gesichert noch gefördert erscheine“; dagegen spaltete sich derselbe bezüglich seiner Ansichten über eine neue Organisation in eine Mehrheit und eine Minderheit, indem jene das Bedürfniß, den historisch-politischen Individualitäten gerecht zu werden in den Vordergrund stellte, diese dagegen das Bedürfniß der Reichseinheit besonders betonte und wenn auch nicht klar und selbstbewußt, doch von der Idee einer Verfassung für das ganze Reich ausging. Am 29. Sept. entließ der Monarch die Reichsräthe und versprach baldige Entscheidung. Endlich am 20. Okt. unmittelbar vor der Abreise des Kaisers nach Warschau, wurden durch ein kaiserliches Manifest und Diplom so wie durch eine Reihe von Decreten die Grundzüge einer neuen Verfassung veröffentlicht, — welche „sowohl dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein, der bestehenden Verschiedenheit der Königreiche und Länder, als den Anforderungen ihres untheilbaren und unzertrennlichen Verbandes gleichmäßig entsprechen sollte“: Ungarn erhielt seine frühere Verfassung zurück, alle übrigen Kronländer sollten jedes sein eigenes Statut und seinen eigenen Landtag für seine speciellen Angelegenheiten erhalten; die gemeinsamen Angelegenheiten sollten in und mit einem Reichsrath verhandelt und unter seiner Mitwirkung verfassungsmäßig erledigt werden, einem Reichsrath, dessen Mitglieder vom Kaiser theils direkt, theils nach Dreiervorschlügen der einzelnen Landtage indirekt gewählt werden sollten. Diese k. Entschlüsse enthielten indeß, wie gesagt, nur die Grundzüge einer zukünftigen Verfassung für Oesterreich. Eine Thatsache trat daher sofort und bestimmend in den Vordergrund: Ungarn erhielt seine frühere Verfassung wieder zurück und begann sich sofort innerhalb derselben zu reorganisiren



und zu constituiren; die übrigen Kronländer mußten warten und sich gedulden, bis ihre Landesstatute ausgearbeitet und verkündet wären. Der Anfang damit wurde indeß sofort gemacht; schon wenige Tage später wurden die Landesstatute für Steiermark, Kärnthén, Salzburg und Tyrol veröffentlicht. Sie waren durchaus auf das Princip der Stände gegründet, räumten dem Clerus und dem Adel einen unverhältnißmäßigen Antheil an der Vertretung ein und entsprachen überhaupt in keiner Weise den Anschauungen der Zeit. Die öffentliche Meinung war enttäuscht; die Unzufriedenheit laut und allgemein. Die Stellung ihres Urhebers, des Staatsministers Goluchowsky, war dadurch völlig unhaltbar geworden; sein Rücktritt war entschieden, aber erst nach langen Unterhandlungen wurde endlich am 13. Dez. der Ritter von Schmerling, der sich in den Jahren 1848 bis 1852 einen Namen gemacht hatte, zum Staatsminister ernannt, und erst am 23. Dez. veröffentlichte derselbe sein Programm, das mit Bewilligung des Kaisers verkündigte, es sollen die Landesstatute statt auf eine Vertretung der Stände, auf diejenige der Interessen gebaut und denselben das Recht der Initiative so wie der Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen eingeräumt und ferner der Reichsrath in seiner Mitgliederzahl verstärkt, von den Landtagen direkt gewählt werden und ebenfalls das Recht der Initiative sowie der Oeffentlichkeit seiner Verhandlungen erhalten. In diesem Sinne begann der neue Staatsminister die Ausarbeitung eines Statuts für den Reichsrath sowie der Statute für die nicht zur ungarischen Krone gehörigen Länder. Während aber diese warten und sich gedulden mußten, bis er seine allerdings schwierige Arbeit vollendet hätte, ging Ungarn entschlossen vorwärts.

Bevor wir indeß dieser Entwicklung weiter folgen, müssen wir wieder etwas zurückgehen, bis zur Zeit des österreichischen Patentens vom 20. Okt. Nur zwei Tage nachher kamen der Kaiser von Rußland, der Kaiser von Oesterreich und der Prinzregent von Preußen in Warschau zusammen, um über die Lage Europas zu berathen. Die nächste Veranlassung zu dieser Zusammenkunft hatte das Vorgehen Sardinien's gegen den Kirchenstaat und Neapel, das alles Völkerrecht mit Füßen zu treten schien, so wie die laut ausgesprochene Absicht Garibaldi's veranlaßt, nach der vollständigen Eroberung Neapels sofort Rom zu überwältigen und zum Angriff auf Venetien zu schreiten. Sollte Europa auch dieser Eventualität unthätig entgegensehen, bis sie wirklich eingetreten? Und wenn sie eintrat, war es nicht fast unausweichlich, daß daraus sich ein allgemeiner europäischer Krieg entwickle? Welches war überhaupt die Stellung

Frankreichs zur italienischen Verwicklung? zu Sardinien? zu der nächsten Eventualität?

Die Ereignisse, die Sardinien an die Spitze so zu sagen von ganz Italien geführt haben, sind erzählt worden. Es bleibt noch übrig einen Blick auf die Stellung zu werfen, welche die Regierung in Turin und die sardinische Politik sowie die Westmächte zu diesen Ereignissen, namentlich zu dem Umsturz in Neapel, eingenommen haben.

Ferdinand II. von Neapel war im Jahr 1859 während des austro-sardinischen Krieges gestorben. Kurz vor seinem Tode äußerte er sich also: „Ich kenne meine Lage; sie ist äußerst schwierig und ich mache mir darüber keine Illusionen. Oesterreich hat mich zum Widerstand ermuthigt und dann im Stiche gelassen. Rom, das mir jede Concession so sehr widerrathen hat, würde mich alsbald in der Verlegenheit stecken lassen und hat übrigens mit sich selbst genug zu thun. Inzwischen ist der gegenwärtige Stand der Dinge beständig die Quelle von Gefahren, welche die Keime der Revolution nährt. Die Verschwörer und Verräther umgeben mich: ich kenne sie, ich sehe sie und weiß, daß nur die Furcht sie zurückhält. Auf der einen Seite ist meine Isolirung die Hoffnung meiner Feinde und vervielfacht die Complotte: auf der andern Seite würde mich ein einziger Akt der Schwäche unheilbar ruiniren“. Ferdinand II. folgte im Sommer 1859 sein Sohn Franz II. Sardinien sandte den Grafen Salmour, um den neuen König zu begrüßen, zugleich mit dem Auftrage, eine Allianz mit Sardinien zu betreiben. Die ihm ertheilten geheimen Instruktionen sagten unter anderm: „Unter den Hindernissen, denen Sie begegnen werden, um ein solches Allianzsystem zu Stande zu bringen ist eines, auf das ich Ihre Aufmerksamkeit vorzüglich lenken zu sollen glaube: ich meine das schlecht verhüllte Mißtrauen gegen den angeblichen Ehrgeiz des Hauses Savoyen. Es ist das ein alter Vorwurf. . . . Wenn der jetzige Kampf zu einer Vergrößerung der Staaten Sr. Majestät führen sollte, so wird es durch die Nothwendigkeit der Dinge geschehen, durch die Zustimmung der Völker, nicht in Folge eines im Voraus gefaßten Planes. Allein die Bildung eines mächtigen Staates im Thale des Po kann unmöglich die Eifersucht des Königreichs beider Sicilien erregen. Mit diesem haben wir jederzeit in Eintracht und Union zu leben gewünscht. Darum hat das Turiner Cabinet auf dem Pariser Congreß seine Stimme nicht mit denjenigen der Ankläger des Regiments Ferdinands II. verbunden; darum hat es im Memorandum vom 1. März die innere Lage des Königreichs Neapel mit gänzlichem Stillschweigen übergangen, nur um einer Verständigung keine

weiteren Hindernisse zu bereiten, die, es ist wahr, in diesem Augenblick wenig Aussicht hat, aber im gemeinsamen Interesse beider Dynastien immer wünschenswerth bleibt. Ich hoffe, daß diese Betrachtungen einigen Einfluß auf die Erwägungen Franz II. und seiner Rathgeber ausüben werden. Uebrigens dürfen Sie merken lassen, daß der König bereit ist, seinerseits alle diejenigen Garantien zu gewähren, die vernünftiger Weise gefordert werden können. Falls also eine Offensiv- und Defensivallianz mit gegenseitiger Garantie der Integrität beider contrahirenden Staaten vorgeschlagen werden sollte, so werden Sie die Geneigtheit dazu aussprechen, immerhin unter dem Vorbehalt, Ihrer Regierung zu referiren behufs der erforderlichen praktischen Instruktionen". Es scheint nicht, daß die Regierung von Neapel dazu geneigt war oder daß sie die Frage auch nur in nähere Erwägung gezogen habe. Und doch war die Gefahr nahe genug und kam immer näher und näher. Schon war zu Anfange des Jahres 1860 der innere Zustand im Kirchenstaat und in Neapel der Art geworden, daß der französische Gesandte Herzog von Grammont dem Cardinal Antonelli am 3. März ganz offen erklärte: „Sie können ihre Augen doch der Evidenz nicht verschließen! Sie sehen die Bewegung, die Sie umgarnt, Sie sehen, daß eine Erhebung der Marken und Umbriens droht; Sie kennen die Gefahren, in denen das Königreich Neapel schwebt und während ein Wort der Transaction von Ihrer Seite im Stande wäre den Sturm noch zu beschwören, den Rest der Staaten des Papstes zu retten, Neapel zu retten, das Sie ohne Mitleid opfern, Italien vielleicht vor einem allgemeinen Umsturz zu retten, verwerfen Sie alle Heilmittel und rufen den Orkan selber herbei, gleich als ob Sie in dem Schiffbruch zu gewinnen wähten!" Als in demselben Monate und in Folge des Widerstandes, den Rom jeder Art von Transaction entgegensetzte, die Beziehungen zwischen Frankreich und Rom so gespannt geworden waren, daß jenes ernstlich daran dachte, seine Truppen zurückzurufen, erklärte sich Sardinien immerhin noch bereit, zu einer von Frankreich vorgeschlagenen Besetzung der Marken und Umbriens durch neapolitanische Truppen seine Zustimmung zu geben, wenn Rom die Annexion der Romagna anerkenne und in die Besetzung von Ancona durch sardinische Truppen einwillige. Rom verwarf den Antrag und Neapel konnte sich nicht entschließen darauf einzugehen. Am 23. April schrieb der französische Gesandte seiner Regierung aus Neapel: „Noch vor einigen Monaten existirte die Idee einer Vereinigung mit dem nördlichen Italien gar nicht; man glaubte den Gebrechen des Landes noch in anderer Weise abhelfen zu können; heute habe ich alle



Ursache zu glauben, daß der Piemontismus das Lösungswort und das Ziel aller Unzufriedenen geworden ist". Wenige Tage nachher, den 6. Mai, unternahm Garibaldi seine Expedition nach Sicilien. Schon am folgenden Tage machte der französische Gesandte dem Grafen Cavour darüber Vorstellungen: „1400 in allen großen Städten angeworbene Freiwillige haben sich ungestraft in Genua einschiffen können, um eine Regierung anzugreifen, die mit keinem europäischen Staate verfeindet ist. Dieses Unternehmen könnte die Loyalität der sardinischen Regierung in Zweifel ziehen lassen". Trotz dieses Zwischenfalls beharrte indeß die französische Regierung auf der Absicht, ihre Truppen aus Rom zurückzuziehen und traf am 11. Mai sogar eine förmliche Uebereinkunft mit dem römischen Hofe, wonach die ersten Truppen sofort, die letzten im Laufe des Juli und August abziehen sollten. Allein gerade in diesen Tagen erfolgte der mißglückte Einfall einiger hundert Freischaaren von Toscana aus in das römische Gebiet und sofort brachte der Telegraph aus Paris den Befehl, den Abmarsch der Truppen zu sistiren. Unterdeß hatte die glückliche Landung Garibaldis die ganze Diplomatie in Bewegung gebracht: Neapel bellagte sich bitter über „die Horde Räuber, welche in einem nicht feindlichen Staate, unter den Augen der Regierung angeworben, organisiert und bewaffnet worden seien"; Frankreich remonstrirte neuerdings gegen die Umtriebe der venetianischen, römischen und neapolitanischen Comités und selbst England verlangte vom Grafen Cavour das Versprechen, daß weder Rom noch Neapel angegriffen werden sollte. Die sardinische Regierung lehnte unumwunden und entschieden jede Verantwortlichkeit für das Unternehmen Garibaldis ab: die officiële Turiner Zeitung erklärte „die Regierung habe die Expedition mißbilligt und durch alle Mittel, welche die Klugheit und das Gesetz ihr gestatten, freilich umsonst, zu verhindern gesucht; sie kenne und achte die Grundsätze des Völkerrechts, auch fühle sie, daß sie verpflichtet sei, sie in dem Staate, für dessen Sicherheit sie verantwortlich sei, achten zu machen"; der sardinische Gesandte in Neapel protestirte gegen jede Unschuldbigung, seine Regierung „habe das Unternehmen verdammt und mit dem Parteichef gebrochen"; und ebendaselbe erklärte Cavour in einer Note dem neapolitanischen Gesandten in Turin, Garibaldi mißbrauche den Namen des Königs, wenn er in demselben auftrete und Sardinien verwerfe sein ganzes Unternehmen „wie sich eigentlich von selbst verstehe". Unterdessen fiel Palermo, wurde die Theilnahme für Garibaldi in ganz Oberitalien immer allgemeiner und lebhafter und gingen fortwährend neue Unterstützungen an Mann-



schaft, Munition und Geld nach Sicilien ab, ohne daß die sardinische Regierung es irgend zu wehren versuchte oder zu wehren wagte. Am 30. Juni gestand endlich Cavour dem französischen Gesandten, daß die Ereignisse ihn überrascht hätten; aber er habe dem Marchese Villamarina in Neapel den Befehl ertheilt „sich in wohlwollender Reserve zu halten“. Gleichzeitig stellte er jedoch für den Fall, daß der König von Neapel jetzt mit Allianzträgen kommen sollte, Bedingungen, die von vornherein zeigten, daß er nie an eine Rettung des jungen Königs gedacht hat. Dieser Plan einer Allianz zwischen Sardinien und Neapel wurde dagegen in der ersten Hälfte des Juli von den Gesandten Frankreichs und Englands in Turin lebhaft unterstützt. Der erstere verlangte zugleich am 16. Juli energisches Einschreiten gegen die Freischaarenzüge; allein Cavour antwortete ihm: „Wenn wir das thun, so wird man uns zum Fenster hinauswerfen. Den König selbst würde seine Popularität nicht decken. Niemand in Italien glaubt dem König von Neapel. Er wird thun, was sein Vater und sein Großvater gethan haben. Diese Lage ist nicht etwa eine der schwierigsten, in der ich mich befunden habe, sondern die schwierigste“. Am demselben Tage, 16. Juli, trafen die Gesandten Neapels, Manna und Winspeare, in Turin ein. Die kaum ein Jahr vorher von Sardinien angebotene und damals von Neapel verschmähte Allianz war inzwischen der einzige Rettungsbalken geworden, der dem Könige gegen den jähen Untergang, der ihm zu drohen schien, noch blieb. Die Anträge der neapolitanischen Gesandten waren daher ebenso merkwürdig als lockend: Neapel bot seine Mitwirkung an einem Kriege gegen Oesterreich zur Befreiung Venetiens und die Anerkennung des Vicariates für die päpstlichen Legationen zu Gunsten des norditalienischen Königreichs, wenn ebendaselbe für Umbrien und die Marken zu Gunsten Neapels eingeräumt werde, als Preis der Allianz an\*). Neapel war also bereit, wenn es sich damit retten konnte, selbst Oesterreich, selbst den Papst zu opfern. Doch es war schon zu spät zu einer Allianz, selbst unter diesen Bedingungen; Sardinien lehnte den Antrag, nachdem es die Verhandlungen darüber des Scheines halber in die Länge gezogen, ab, die neapolitanischen Gesandten betrachteten am 7. Aug. ihre Mission als beendet. Der König von Neapel schien verloren: Garibaldi hatte schon am 18. Juli wieder die Offensive ergriffen, zunächst gegen Messina, um dann über die Meerenge zu setzen und das Festland anzugreifen. Da machte am

---

\*) Vgl. Opintone v. 14. Febr. 1861.



24. Juli die französische Regierung England den Vorschlag, gemeinsam gegen Garibaldi in Italien zu interveniren: „Kann es Frankreich und England conveniren, unthätig zuzusehen, wie ein Land, mit dem sie regelmäßige Beziehungen unterhalten, von einer aus revolutionären und fremden Elementen zusammengesetzten Armee angegriffen wird; wie die Dinge in diesem Augenblick liegen, scheint es der französischen Regierung wünschbar, daß ohne Verzug die Commandanten der Seekräfte beider Staaten autorisirt werden, Garibaldi zu erklären, daß sie den Befehl hätten, den Uebergang desselben über die Meerenge zu verhindern; die Regelung der innern Fragen blieben sowohl was Sicilien als was Neapel betrifft vorbehalten, doch würden Frankreich und England erklären, es sei dies zwischen dem König Franz und den Neapolitanern allein auszumachen, ohne fremde Dazwischenkunft (also mit Beseitigung Garibaldis)“. England lehnte jedoch den Vorschlag ab und erklärte, an dem bisherigen Princip der Nichtintervention festhalten zu wollen. Von der Diplomatie gedrängt, machte auch der König Viktor Emanuel noch einen Versuch, Garibaldi zurückzuhalten; er blieb ohne Erfolg. Garibaldi ging ungehindert über den Faro, die neapolitanische Armee begann sich aufzulösen, und die Bewegung rückte Schritt für Schritt der Hauptstadt zu. In Rom und Neapel war (im August) alle Zuversicht geschwunden: In Neapel arbeitete der englische Gesandte ein Memorandum aus, in dem er dahin schloß, „es bleibe nichts anderes übrig, als daß Sardinien über alle Einwürfe und Bedenken wegschreite, die Sachen in die Hand nehme und seine Autorität in Neapel aufpflanze“; in Rom hielt sich der Papst trotz der französischen Besatzung nicht mehr für sicher und dachte ernstlich daran, die ewige Stadt zu verlassen. Am 28. Aug. empfing der Kaiser Napoleon auf seiner Savoyerreise die HH. Farini und General Cialdini. Farini stellte dem Kaiser vor, daß „Garibaldi allein Herr der Situation sei, und daß, wenn derselbe auch die römischen Staaten revolutionirt haben werde, die Expedition gegen Venedig unfehlbar sei. Piemont wolle deshalb in die Marken und Umbrien einrücken, um dort die Ordnung wieder herzustellen, ohne an die Autorität des Papstes zu rühren, nöthigenfalls der Revolution auf neapolitanischem Boden eine Schlacht zu liefern und dann sofort das Schicksal Italiens in einem Congresse bestimmen zu lassen“. Die Antwort des Kaisers ist nicht genau bekannt; doch spricht sich eine Depesche seines Ministers Thouvenel vom 18. Okt. darüber nachträglich dahin aus „der Kaiser habe, obgleich diese Toleranz oder diese Schwäche Sardiniens bedauernd, den Entschluß Piemonts nicht



mißbilligt, aber der Kaiser habe geglaubt, daß der Sturz der neapolitanischen Monarchie vollständig sein, daß ein Aufstand im Kirchenstaate ausbrechen, daß die Souveränität des Papstes reservirt werde und daß dann Europa über die Umgestaltung Italiens einen Congreß abhalten werde“. Genug der Kaiser kannte die Absicht Sardinien's, er traf keinerlei Maßregeln dagegen, er ließ es geschehen. Die Ereignisse drängten sich jetzt: am 6. Sept. räumte Franz II. seine Hauptstadt, am 7. zog Garibaldi in Neapel ein. Am 8. berichtete der französische Gesandte in Turin „nach der Ansicht des Hrn. Cavour muß die piemontesische Regierung, unermöglich den Marsch Garibaldis sowohl in Neapel als in der Romagna aufhalten zu können, demselben in den Abbruzen eine Schranke setzen“. Am 10. erklärte derselbe Gesandte in Folge telegraphischen Befehls aus Paris dem Grafen Cavour „wenn Sardinien den Kirchenstaat angreift, so ist Frankreich in die Nothwendigkeit versetzt, seine diplomatischen Beziehungen mit dem Turiner Cabinet abzubrechen und so öffentlich eine Politik zu desavouiren, die sie als gefährlich für die Ruhe Europas und als verderblich für die Zukunft Italiens ansieht“. Die Antwort Cavours vom 11. Sept. lautete: „Wenn wir nicht vor Garibaldi in der Cattolica sind, so sind wir verloren; die Revolution verbreitet sich alsdann über ganz Italien; wir sind gezwungen zu handeln“. An demselben Tage rückte die sardinische Armee in den Kirchenstaat ein, schlug wie schon erzählt, am 17. Sept. die päpstliche Armee unter Lamoriciere, belagerte Ancona, das sich am 29. ergab, überschritt am 9. Okt. die Gränze des Königreichs Neapel, zwang am 27. Okt. die neapolitanische Armee die Volturnolinie aufzugeben und sich hinter den Garigliano zurückzuziehen, nahm nach kurzer Belagerung am 2. November Capua und drängte am folgenden Tage Franz II. in die Festung Gaeta zurück, dessen regelmäßige Belagerung begonnen wurde. Ganz Italien außer Rom, das von den Franzosen, und außer Venedig, das von den Oesterreichern dazwischen gehalten wurde, gehorchte dem Scepter des Sardenkönigs.

Die europäischen Großmächte hatten dem Unternehmen Garibaldis schweigend, staunend, unthätig zugesehen. Unmöglich konnten sie dies auch gegenüber dem Vorgehen Sardinien's thun, das weder vom Papst noch vom Könige von Neapel angegriffen worden war und das sich über alle Verträge, alles Völkerrecht hinwegsetzte. Der französische Gesandte hatte schon am 16. September Turin verlassen, am 10. Okt. rief auch Rußland seine Legation in Sardinien, „das beständig mit der Revolution geht, um ihre Erbschaft anzutreten“, ab, am 13. Okt. erklärte Preußen wenigstens „seine

ausdrücklichste und formellste Mißbilligung einer Politik, welche die Bahn der Reform verlasse, um diejenige der Revolution zu betreten“, ohne indeß darum die diplomatischen Beziehungen zu Sardinien abzubrechen. Oesterreich, das mit Turin längst keine diplomatischen Verbindungen mehr unterhielt, war nicht im Fall, seinen Gesandten abzurufen; sein Urtheil über die letzten Ereignisse konnte indeß nicht zweifelhaft sein. Selbst Spanien zog am 26. Okt. seine Gesandtschaft aus Sardinien zurück und am 11. Dez. folgte ihm auch Bayern. Nur die englische Regierung machte eine Ausnahme, indem sie, gestützt auf die ähnlichen Vorgänge der glorreichen Revolution Englands im Jahr 1688 und mit Berufung auf den berühmten Völkerrechtslehrer Battel erklärte, „daß sie für den strengen Tadel, welchen Oesterreich, Frankreich, Preußen und Rußland über die Schritte des Königs von Sardinien ausgesprochen haben, einen genügenden Grund nicht zu erkennen vermöge; denn sie fühle sich nicht zu der Erklärung ermächtigt, daß das Volk Südtaliens keine guten Gründe gehabt habe, die Autorität seiner früheren Regierungen abzuwerfen und sie könne daher nicht sagen, daß sie den vom König von Sardinien ihnen geleisteten Beistand tadelnswerth finde; lieber wende sie sich dem erfreulichen Anblick zu, den ein Volk gewähre, welches unter den Sympathien und guten Wünschen Europas das Gebäude seiner Freiheiten errichte und den Bau seiner Unabhängigkeit befestige“.

Oesterreich, Rußland und Preußen sahen die Dinge indeß weniger freundlich an und nährten namentlich ein tiefes Mißtrauen gegen die Politik und die weiteren Plane Frankreichs, zu deren Ausführung ein Angriff Italiens auf Venetien demselben Gelegenheit geben könnte. Zwischen den Cabinetten von Petersburg, Wien, Berlin und wohl auch London hatten daher im Hinblick auf die für die letzte Oktoberwoche angelegte Zusammenkunft der Monarchen von Rußland, Oesterreich und Preußen in Warschau schon seit Wochen Unterhandlungen geschwebt und das Cabinet von St. Petersburg hatte es übernommen, das französische Cabinet zu sondiren und von demselben wo möglich bestimmte Erklärungen zu erlangen. Wurden diese gegeben, so war eine wichtige Vorlage für die Warschauer Zusammenkunft gewonnen; wurde dieselbe verweigert, so war über die Tendenzen der französischen Regierung jeder Zweifel gehoben. Kaiser Alexander selbst wünschte den französischen Botschafter zu sprechen und bemerkte ihm: „Sie wissen, daß der Prinzregent von Preußen und der Kaiser von Oesterreich mich in Warschau besuchen werden. Die öffentliche Meinung hat sich viel mit dieser Zusammenkunft beschäftigt, ehe

sie sogar noch beschlossen war. Man hat darin den Keim einer Coalition gesehen. Ich wollte mich bei Ihnen über die Dispositionen, die ich dahin mitnehme, aussprechen. Ich habe nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß sie für Frankreich freundschaftlich sind. Ich will in Warschau keine Coalition, sondern Versöhnung stiften, und ich bin glücklich zu sehen, daß der Prinz-Regent gleiche Gesinnungen hegt. Sagen Sie dem Kaiser Napoleon, daß er Vertrauen zu mir haben kann". Gleichzeitig ging eine Depesche des Fürsten Gortschakoff nach Paris ab, worin das Tuileriescabinet in der freundschaftlichsten Weise ersucht wurde, zu erklären, „in wie weit es geneigt wäre, die Bemühungen Rußlands zu Beseitigung des Mißtrauens, unter welchem die allgemeinen Interessen so sehr leiden, zu unterstützen. Die Warschauer Zusammenkunft bezwecke lediglich eine Verständigung der Großmächte in dieser Richtung". Das Tuileriescabinet wurde durch diesen Schritt Rußlands in eine schwierige Lage versetzt. Es fühlte wohl, daß es sich einem Ultimatum gegenüber befinde, welches in der rücksichtsvollsten und zartesten Form gestellt wurde und durch das persönliche Dazwischentreten des Kaisers Alexander den allermildesten Charakter erhalten hatte, aber deshalb nicht weniger ein Ultimatum blieb, dessen Beantwortung nicht zu umgehen war. Man fühlte in Paris sehr wohl, daß die so höfliche Aufforderung Rußlands nichts weiter war, als eine Warnung, deren Nichtbeachtung eine Coalition Europas gegen Frankreich und Italien zur Folge haben könnte. Ließ das Tuileriescabinet die von Rußland gestellte Frage unbeantwortet, so schloß es sich von vornherein von den Unterhandlungen aus, die in Warschau abgeschlossen werden sollten; es isolirte sich selbst und provocirte, was es um jeden Preis zu verhindern bemüht sein mußte, eben eine Coalition der Mächte. Nach acht Tagen der Ueberlegung wurde denn die russische Note beantwortet. „Von dem Wunsche befeelt — erwiderte Hr. Thouvenel — die Eröffnungen der russischen Regierung zu beantworten, habe ich die Eventualität wohl ins Auge gefaßt, welche heute die Aufmerksamkeit der Cabinette so sehr in Anspruch nimmt, nämlich die eines Angriffs Piemonts auf Venetien". Ein Memorandum präcisirte die Stellung Frankreichs zu dieser Eventualität folgendermaßen: „I. In dem Falle, daß Oesterreich in Venetien angegriffen würde, ist Frankreich entschlossen, Piemont keinen Beistand zu leisten. Damit diese kategorische Erklärung bis ans Ende ihren kategorischen Charakter beibehalte, wird vorausgesetzt, daß die deutschen Mächte in enthaltender Stellung beharren werden. II. Es ist angenommen, daß der Zustand der Dinge in Italien, der die bestimmende Ursache des letzten Krieges war, nicht wieder hergestellt

werden kann. III. Alle auf die Gebietsabgränzung der verschiedenen italienischen Staaten und auf die Einrichtung ihrer betreffenden Regierungen bezüglichen Fragen werden auf einem Congresse in Erwägung gezogen und zwar unter einem doppelten Gesichtspunkte, dem der gegenwärtig entsetzten Souveräne und dem der zur dauernden Befestigung der neuen Ordnung der Dinge nöthigen Zugeständnisse. IV. Selbst in dem Falle, daß Piemont die außerhalb der Stipulationen von Villafranca und Zürich gemachten Erwerbungen verlöre, würde der Vertrag, durch den es Savoyen und Nizza an Frankreich abgetreten hat, Gegenstand keiner Discussion auf dem Congresse mehr sein“. Frankreich erläuterte diese Vorschläge, sowie seine Stellung zu Italien noch vor der Zusammenkunft, am 17. Okt. des Nähern: „Frankreich würde sich nie herbeilassen, in Italien die Politik wieder aufzunehmen, die es Spanien gegenüber unter Ludwig XVIII. befolgt. Eine gewaltthätige Intervention würde die Schwierigkeiten in Italien auch nicht lösen. Man müsse Italien sich selbst überlassen. Von den Unglückschlägen getroffen, die es durch ein unbesonnenes Unternehmen gegen Venetien sich zugezogen haben würde, werde es dann aus den Händen Europas als eine Wohlthat empfangen, was ihm heute als Gewaltthätigkeit erschiene. Frankreich billige nicht alles, was in Italien vorgehe, aber es könne sich nicht zum Palatin der gefallenen Regierungen machen. Was dieser Vulkan noch auswerfen werde, wer wisse es? Es wäre aber tollkühn, sich im Voraus eine bestimmte Politik vorzuschreiben. Alles was man thun könne, sei, kein Mittel unversucht zu lassen, welches zu einer den allgemeinen Krieg verhindernden Lösung führe“. Uebereinstimmend mit dieser Note seines Ministers war ohne Zweifel ein Schreiben, das Napoleon selbst an den Kaiser von Rußland noch am Vorabend von Warschau richtete.

Die Zusammenkunft in Warschau fand statt am 22. Okt. Das Memorandum Frankreichs wurde den Monarchen unterbreitet. Sie fanden, daß es „einen brauchbaren Ausgangspunkt für eine weitere Verständigung“ sein könne, immerhin aber gewisser Erläuterungen bedürfe, die sie sich vorbehielten, durch ihre Minister formuliren zu lassen. Es wurde beschlossen, daß die Bemerkungen der Cabinette von Wien und Berlin an den Fürsten Gortschakoff gerichtet werden sollten, der sie zugleich mit seinen eigenen Reflexionen der französischen Regierung übermitteln würde. Oesterreich formulirte seine Bemerkungen noch in Warschau am 26., Preußen die seinigen am 31. Okt. von Berlin aus. Oesterreich nimmt von dem Entschlusse Frankreichs, das angreifende Piemont nicht zu unterstützen, mit

Befriedigung Act; auf eine eingehende Erörterung der 4 Punkte verzichtet es, weil diese sehr modificirt werden müßten, wenn sie die Grundlage einer Unterhandlung bieten sollten, wie sie Oesterreich im Auge hat; Oesterreich biete seinerseits, zur Vermeidung eines neuen schrecklichen Kriegs, zu jeder Unterhandlung und zu einem Congresse die Hand, wenn er die Stipulationen von Villafranca und Zürich zum Ausgangspunkt nehme; auf andere Combinationen könne es unmöglich eingehen; sollte Oesterreich angegriffen werden, gleichviel, ob der Angriff von der regelmäßigen Armee Piemonts oder von Freischaaren ausgehe, die dieser Staat auf den von ihm besetzt gehaltenen Territorien organisire, so könnte der Kaiser von Oesterreich in keinem Falle zum voraus auf die Freiheit der Action verzichten, welche die internationalen Gesetze jeder kriegsführenden Macht zugestehen". Preußen suchte in seiner Depesche das Unbestimmte, Zweifelhafte, Unzureichende darzuthun, das das französische Memorandum darbiete, wenn es zur Grundlage einer förmlichen Unterhandlung gemacht werden wollte. Beide Mächte gingen auf das von Frankreich gestellte Begehren, daß für den Fall eines Zusammenstoßes zwischen Oesterreich und Italien allein auch die deutschen Mächte in enthaltender Stellung beharren sollten ein, indem sie blos den ausdrücklichen Vorbehalt machten, daß „der deutsche Bund, immerhin mit Ausschluß irgend einer activen Betheiligung am Kriege, doch berechtigt wäre, diejenigen Vorsichtsmaßregeln zu treffen, die er im Interesse der Sicherheit des von allen Seiten anerkannten Bundesgebietes für nothwendig erachten sollte". Das russische Cabinet theilte diese Meinungsäußerungen Oesterreichs und Preußens der französischen Regierung am 10. Nov. mit, indem es beifügte: „Wir wollen abwarten, welches Urtheil das französische Cabinet über das Ensemble dieser Mittheilungen fällen wird. Immerhin geben wir uns dem Vertrauen hin, daß wenn die in Warschau gethane Arbeit ihr Ziel nicht in dem Grade erreicht hat, als wir es gewünscht haben, dieselbe doch nicht ganz unfruchtbar geblieben ist, da sie die Geneigtheit zur Verständigung constatirt und möglicherweise zur Verständigung führende Ausgangspunkte aufgestellt hat. Obgleich die Bemerkungen des Grafen Rechberg bestimmter formulirt sein könnten, so bezeichnen die Mittheilungen der Cabinette von Wien und Berlin doch die Punkte, über welche ausführlichere Erklärungen der französischen Regierung erwünscht wären". Diese sehr bestimmte Aufforderung an Frankreich ergänzt die russische Depesche mit dem Wunsche, Frankreich möge seine Zustimmung zu einem Congresse geben, welcher auf den Grundlagen von Zürich dem Kriege zuvorkäme, anstatt, wie Frankreich vorgeschlagen hatte,



den unvermeidlichen Krieg beendigen sollte, womit also Rußland wesentlich auf den von Oesterreich festgehaltenen Standpunct einging. Rußland halte übrigens einen solchen Congreß noch für verfrüht und den Grundgedanken der Warschauer Zusammenkunft durchblicken lassend, schloß Gortschakoff mit folgenden bezeichnenden Worten: „In jedem Falle bleibt es Grundprincip aller Unterhandlungen, daß Angesichts der bedauerlichen Infraktionen des internationalen Rechtes als über jeden Angriff erhaben und im Interesse des europäischen Gleichgewichts und Friedens liegend anerkannt werde, daß, was auch geschehe in Italien, keine Territorialveränderung definitive Geltung erlangen könne, bevor dieselbe von den Großmächten nicht geprüft und sanctionirt worden sei“. Auf diese Idee eines Congresses, der die italienischen Angelegenheiten rasch ordnen und die beliebte Ordnung Italien nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand auferlegen würde, ging Frankreich nicht ein. „Ein Programm — erklärte dasselbe in seiner Antwort vom 3. Dez. — für ein allgemeines Einverständnis ist im gegenwärtigen Augenblick unmöglich“. Dagegen gab Frankreich dem österreichischen Cabinet durch eine Depesche vom 7. Dez. die bestimmteste Zusicherung, daß es „allen seinen moralischen Einfluß im Interesse des Friedens ausüben und keine Gelegenheit versäumen würde, das Turiner Cabinet mit der Ueberzeugung zu durchdringen, daß es von Frankreich im Stich gelassen würde, wenn es sich zu einem Angriff auf Oesterreich verleiten lassen sollte“. Am Ende einigten sich um die Mitte Decembers auch Oesterreich und Preußen darüber, daß es noch verfrüht wäre, irgend etwas abzuschließen. Das war das Resultat der Zusammenkunft in Warschau: Frankreich war veranlaßt worden, seine Politik etwas bestimmter zu präcisiren, aber irgend ein positives Ergebnis hatte die Zusammenkunft nicht.

Diese Thatsache konnte nicht verfehlen, ihre Rückwirkung auf Italien auszuüben. Der in Gaeta eingeschlossene König Franz II. verlor damit, vorderhand wenigstens, alle Aussicht, sein verlorenes Königreich wieder zu gewinnen. Als er am 7. Sept. seine Hauptstadt verlassen, hatte er feierlich gegen die Umwälzung „die mit allen Kräften, über welche das revolutionäre Europa verfügt, ins Werk gesetzt worden ist“ protestirt, am 25. Sept. hatte er ein Memorandum an alle Mächte gerichtet „wie alles Völkerrecht gegen ihn mit Füßen getreten worden sei“, am 8. Dez. hatte er ein Manifest an die Völker beider Sicilien erlassen: „Ich vertraue der gerechten Vorsehung und welches auch mein Loos sein wird, ich werde meinen Völkern und den ihnen von mir verliehenen Institutionen treu

bleiben. Administrative und ökonomische Unabhängigkeit zwischen beiden Sicilien, getrennte Parlamente, vollständige Amnestie für alle politischen Vergehen: das ist mein Programm". Die Verhandlungen über einen Congreß dauerten unter den Cabinetten der Großmächte vom September bis um die Mitte Dezember und die Hoffnung Franz II., daß noch nicht alles verloren sei, war so lange eine berechtigte. Kam der Congreß zu Stande und hielt er sich noch in Gaeta, so mußten die Mächte auf den status quo Rücksicht nehmen und eine Restauration in Neapel war wenigstens möglich. Als aber das Congreßproject als für den Augenblick unausführbar auf spätere Zeiten vertagt wurde, war die Lage Franz II. in Gaeta eine verzweifelte geworden. Noch gab es eine andere Aussicht für ihn, die sich aber ebenfalls als nicht haltbar erwies. In Calabrien, namentlich aber in den Abruzzen, waren reactionäre Aufstände erfolgt, die sowohl von Gaeta als von Rom aus in jeder Weise unterstützt wurden und die einen Umschwung in Neapel selbst, wo man anfang sich über die „piemontesische Herrschaft“ zu beklagen, als nicht ganz unmöglich erscheinen ließen. Sardinien war genöthigt, starke Truppenmassen nach dem Süden zu schicken, zumal auch die Belagerung von Gaeta eine sehr langwierige zu werden drohte, da die französische Flotte fortwährend den Hafen von Gaeta besetzt hielt, einen Angriff Sardiniens von der Seeseite verhinderte und dem Könige Franz gestattete, sich ungehindert mit Lebensmitteln und Kriegsmunition zu versehen. Frankreich schützte so Gaeta noch bis Mitte Januar, wo es, von England gedrängt, seine Flotte zurückrief, zumal es jetzt erwiesen war, daß die royalistische Bewegung in beiden Sicilien nicht stark genug sei, Franz II. zu befreien. Von da an war aller Widerstand zwecklos, so sehr auch der persönliche Muth und die Ausdauer sowohl des Königs als der jungen Königin, die standhaft und überall hülfreich in der belagerten Festung ausharrte, anzuerkennen sind. Jede Aussicht auf Entsatz von auswärts oder auf Entsatz durch die royalistischen Gerillas war entschwunden. Dennoch hielt der Widerstand aus, bis der Erfolg der Belagerer, Mangel an Lebensmitteln und Kriegsmunition, unglückliche Zufälle und vielleicht Verrath den König am 13. Febr. 1861 zu capituliren zwangen.

Während sich so die Umwälzung in Italien gegen die Gesetze des Völkerrechts und die Verträge, das ist nicht zu läugnen, vollendete, hatte eine andere auf die Gesetze gestützt begonnen. Es war dies in Ungarn. Durch seine Erlasse vom 20. Okt. hatte der Kaiser von Oesterreich seinen Entschluß angekündigt, mit Beziehung auf Ungarn wieder auf die alte Verfassung dieses Landes zurückzugehen: er ernannte einen der angesehensten



Männer des Landes zu seinem Hofkanzler, er wollte sich als König von Ungarn krönen lassen, wollte wieder einen Landtag einberufen und hatte demgemäß verfügt, daß die früheren Comitate sich reorganisiren sollten. In diesen Verfügungen war vieles unklar, unbestimmt geblieben. Daß der Kaiser keineswegs gemeint war, das ganze frühere Verhältniß zum Kaiserstaat wiederherzustellen, lag schon in den Bestimmungen des Octoberpatents, das einen Reichsrath für den ganzen Kaiserstaat, Ungarn und seine Nebenländer nicht ausgeschlossen, einsetzte; aber es war auch unbestimmt gelassen worden, in welcher Weise sich die Comitate organisiren, nach welchem Wahlgesetz die Wahlen zum Landtag erfolgen sollten, und es ist wohl anzunehmen, daß in Wien der Gedanke herrschte, die Art und Weise der Reorganisation der Comitate durch die Instruktionen des Hofkanzlers zu bestimmen und ein Wahlgesetz für den Landtag zu octroyiren. Schon am 30. October ernannte der Kaiser die Obergespane der Comitate, in durchaus liberalem Sinne aus den verschiedenen Parteien des Landes und ohne allzu ängstliche Rücksicht auf die Vergangenheit der Ernannten, am 4. Nov. begann die Wirksamkeit der wieder hergestellten ungarischen Hofkanzlei und am 26. Nov. erließ der Hofkanzler seine Instruktionen an die Obergespane über die Art und Weise der Reorganisirung der Comitate. Allein die Ungarn hatten die Rückkehr zu ihrer alten Verfassung in ganz anderem Sinne verstanden: sie wollten den Faden da wieder aufnehmen, wo er in den Jahren 1848 und 1849 theils durch die Revolution, theils durch die Reaction abgebrochen worden war und betrachteten alles, was seither eingeführt und eingerichtet worden war, als nicht geschehen. Die Gesetze von 1847/8, so weit sie vom Landtage beschlossen, vom Könige genehmigt worden waren, also Gesetzeskraft erlangt hatten, erhoben sie einmüthig als ihr Panier. Die Comitate constituirten sich, die Comitatscongregationen traten zusammen, aber nicht nach den Instruktionen des Hofkanzlers, sondern nach den Gesetzen von 1848; die Instruktionen des Hofkanzlers wurden „mit Achtung“ bei Seite gelegt; denn „es gehört zu den wichtigsten Privilegien des ungarischen Municipalsystems, mißliebige Rescripte der Regierung unausgeführt zu lassen“. Eine Conferenz von Notabeln war vom Fürsten-Primas nach Gran eingeladen worden, um über ein Wahlgesetz für den Landtag zu berathen und die Wünsche des Landes dem Kaiser zu unterbreiten: man erwartete einläßliche Erörterungen, verschiedene Ansichten, ausgleichende Bestrebungen; in kaum zwei Stunden waren die Arbeiten der Conferenz beendigt, sie beantragte einstimmig die Wiederherstellung des Wahlgesetzes von 1848.

Ehe das Jahr zu Ende ging hatten die Gesetze von 1848 in ganz Ungarn, so weit es von den Comitaten und ihren Behörden abhing, Geltung, war die ganze bisherige Regierungsmaschine zum Stillstand gebracht worden. Die kaiserlichen Beamten sahen sich außer Thätigkeit gesetzt, die Urtheile kaiserlicher Gerichte wurden nicht mehr anerkannt, die Gesetze, soweit sie nicht vom Landtage genehmigt waren, nicht mehr befolgt, die Steuern nicht mehr bezahlt, die Regierungsmonopole nicht beachtet. Es war eine vollkommene Umwälzung.

So schloß das Jahr mit der Aussicht auf einen Angriff Italiens gegen Oesterreich wegen Venetien, mit einem allgemeinen, tiefen Mißtrauen gegen die Politik und die Pläne Napoleons, mit der Thatsache, daß eine feste Verständigung der Großmächte über irgend eine der Fragen, die zur Lösung vorlagen, oder die möglicher Weise demnächst drohend auftauchen würden, nicht stattgefunden habe und mit einer allgemeinen Unruhe und Bewegung in den weiten Gebieten des österreichischen Kaiserstaates, die selbst die Existenz desselben in Frage zu stellen schienen.

---